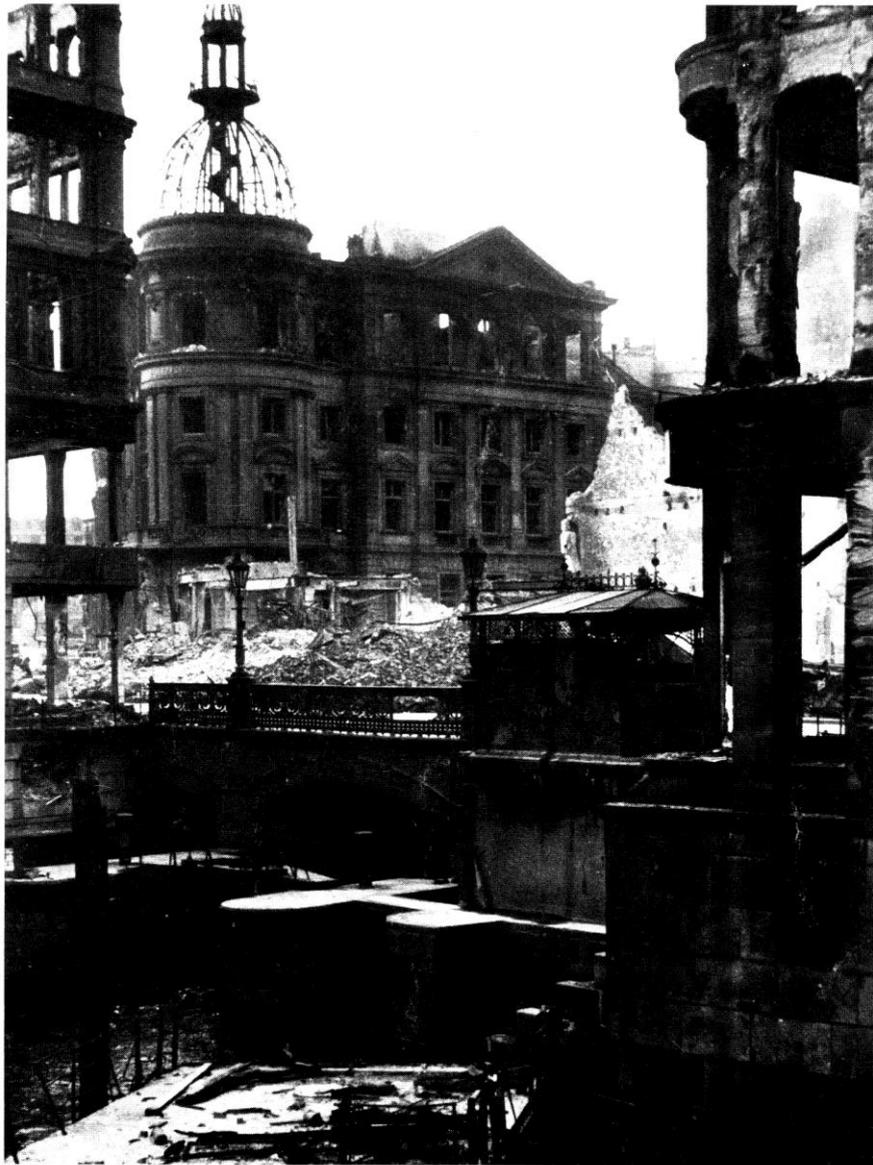


Dokumentation Stadthaus in Hamburg



Gestapo-Hauptquartier
von 1933 bis 1943



Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
Bezirksverwaltung Hamburg

Dokumentation Stadthaus in Hamburg

Gestapo-Hauptquartier
von 1933 bis 1943



Herausgeber:
Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
Bezirksverwaltung Hamburg

Die Dokumentation wurde
erarbeitet und zusammengestellt
von der ÖTV-Arbeitsgruppe
in der Baubehörde:
Reinhard Buff, Geerd Fischer,
Carola Hoffenreich,
Arnd Offer, Verena Wein-Wilke

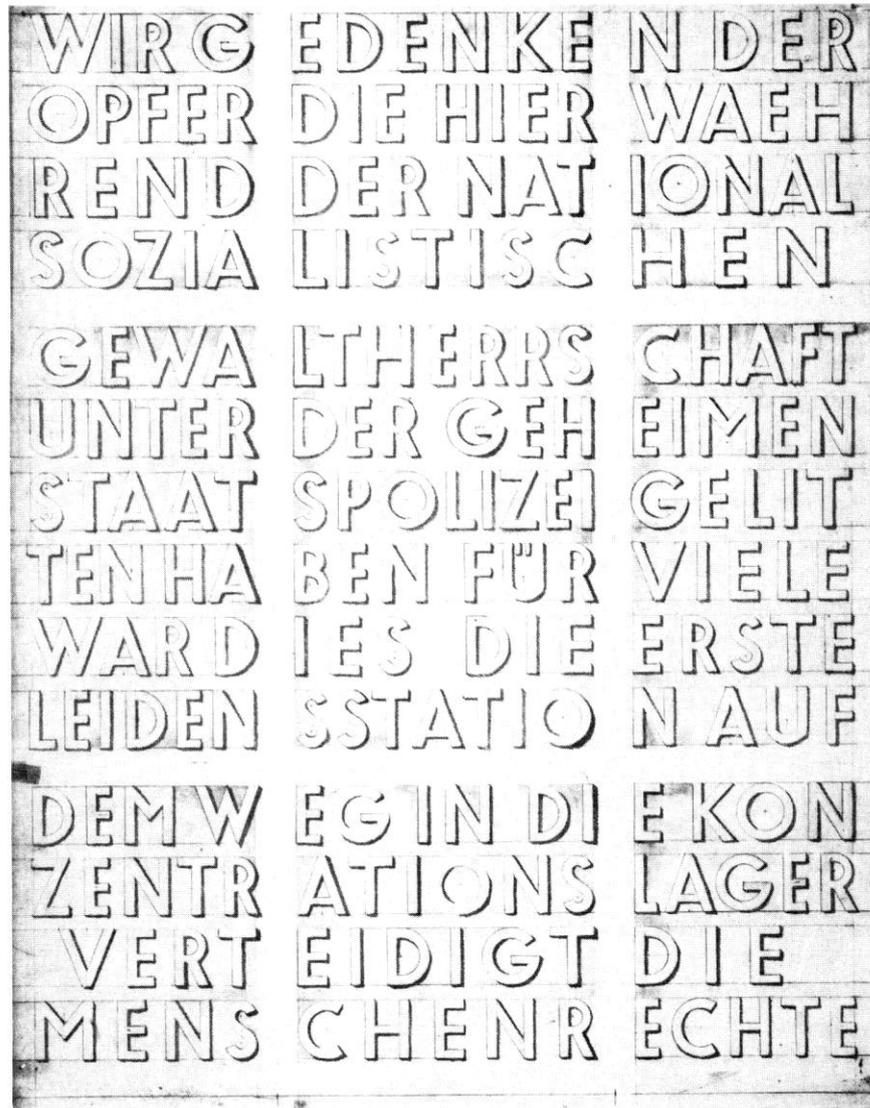
Presserechtlich verantwortlich:
Klaus-Peter Gehricke,
Besenbinderhof 60, Hamburg 1

Gestaltung, Umbruch und Druck:
Wartenberg & Söhne GmbH,
Hamburg

Hamburg, April 1981

Inhalt

<i>Vorwort</i>	Seite 5	<i>Dokumente</i>
<i>Abriß der Entwicklung der Gedenktafel-Aktion in der Baubehörde (1977 bis 1981)</i>	7	1. Auszug aus der Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933 bis 1945
<i>Spendenaufruf</i>	11	2. Belobigung des Reichsstatthalters K. Kaufmann an das Kommando z. b. V.
<i>Berichte von Augenzeugen bzw. Betroffenen über die Verfolgung im Stadthaus</i>		3. Berichte über Folterungen im Stadthaus aus den Dokumenten zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933
Karl Schmalbruch	13	
Albert Peldszus	15	<i>Anhang</i>
Ernst Bähr	15	1. Unterschriftenliste
Carl Burmester	16	2. Brief der ÖTV-Arbeitsgruppe an den 1. Bürgermeister
Helmut Heins	17	3. Vermerk der Zentralverwaltung der Baubehörde
Irma Keilhack	18	4. Brief der Vereinigung Höherer Technischer Verwaltungsbeamter in Hamburg e. V.
Adolph Kummernuss	19	5. Gedenktafelvorgang 1948 bis 1950
Albert Blankenfeld	21	6. Pressenotizen
Herbert Baade	22	
Heinrich Braune	24	
Erich Lüth über die Verhaftungen von		
Herbert Lüth	26	
Katharina Corleis	27	
Walter Schenck	28	
Herbert Dau	29	
Dr. Hans Harder	30	



Das Foto zeigt die erste zeichnerische Konzeption der Gedenktafel vom Bildhauer G. Brandes. Diese »Gitter-Konzeption« wurde auch von der ÖTV-Arbeitsgruppe unterstützt. Von der Baubehördenleitung wurde sie allerdings abgelehnt, weil der durch das Gittersymbol zerrissene Text nach ihrer Meinung nur schwer lesbar sei. Die endgültige Tafelgestaltung lag zum Abschluß der Dokumentation noch nicht vor.

Foto: Baubehörde Hamburg

Vorwort

Müssen sich Gewerkschaftsmitglieder mit neonazistischen Latrienparolen auseinandersetzen? Müssen sie dabei so weit gehen, die Geschichte ihrer Arbeitsstätte im Dritten Reich zu dokumentieren? Müssen sie gar die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte durch Spendensammlungen für eine Gedenktafel betreiben, wie es die Kolleginnen und Kollegen aus der ÖTV-Arbeitsgruppe der Baubehörde taten? Die Antwort ist: Ja — es ist sogar dringend erforderlich!

Denn die Entwicklung des Rechtsradikalismus bedarf einer ständigen wachsamem Beobachtung, um vor allem auch Veränderungen bisheriger Erscheinungsformen und neue Tendenzen zu erkennen, denen alle Demokraten, insbesondere die Gewerkschaften, mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegentreten müssen.

Für die Gewerkschaft ÖTV Hamburg ist es wichtig, neben dem gewalttätigen und gesetzwidrigen Auftreten rechtsradikaler Gruppen das Feld der Propaganda nationalsozialistischen Gedankengutes aufmerksam und kritisch zu beobachten. Auch dort, wo sich Gruppen selbst nicht unmittelbar zur rechtsradikalen Szene zurechnen.

Spätestens seit »Holocaust« ist das Dritte Reich wieder ein zentrales Thema politischer Bildung. Das Interesse an unserer unmittelbaren

telbaren Vergangenheit erlebte eine Renaissance, wie sie sich vor Jahren engagierte Geschichtslehrer nur erträumen konnten. Spektakuläres steht dabei im Vordergrund: Krieg, »Massenmord, 20. Juli, das Schicksal der Anne Frank oder der Geschwister Scholl rührte Tausende zu Tränen. Die Person Hitlers wurde zum Objekt immer neuer biographischer Deutungen. Doch neben dieser großen Geschichte gibt es auch heute kleine »Erlebnisse aus dem Alltag am Arbeitsplatz«.

Wir können nur warnen vor der Verharmlosung und müssen allen zurufen: »Seid wachsam und wehrt euch!«

Der organisierte politische Extremismus zielt nach wie vor auf eine Aufhebung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die verschiedenen Gruppierungen der Extremisten orientieren ihren Kampf gegen unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat an unterschiedlichen Konzepten. Daraus ergeben sich kurzfristige und langfristige Strategien. Nur ein kleiner Teil setzt schon heute auf Gewalt.

Der Rechtsextremismus hat im Jahre 1980 seine latente Disposition zu irrationaler Gewalt durch eskalierende Gewalttaten neu bestätigt. Deutsche neonazistische Aktivisten haben nach zunehmender Gewaltbereitschaft in den Jahren 1977 bis 1979 im vergangenen Jahr durch terroristi-

sche Anschläge 17 Menschen getötet. Der grausame Anschlag von Bologna zeigt auch, daß dieser rechtsextremistische Terrorismus nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist. Tatsächlich haben die Kontakte zwischen den deutschen Rechtsextremisten und gleichgerichteten Gruppen in mehreren europäischen Ländern zugenommen.

Dieser rechtsextremistische Terrorismus ist aus einer Gesamtszene hervorgewachsen, die in den Jahren vor 1980 kontinuierlich Anhänger verloren hatte. Es besteht aber die Gefahr, daß rechtsextremistische Gruppen politischen Vorteil aus Initiativen gegen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland ziehen.

In diesem Zusammenhang muß an die beiden Sprengstoffanschläge in Hamburg 1980 erinnert werden.

Am 27.4. erfolgte ein Anschlag auf die Janousz-Korczak-Schule, bei dem zwei Personen verletzt wurden.

Es folgte dann der Brandanschlag mit drei Molotow-Cocktails auf das Ausländerwohnheim in der Halskestraße. Durch diesen Anschlag wurden zwei vietnamesische Asylanten getötet.

Die Initiative des Bundesministers der Justiz zur Frage einer wirksameren Bekämpfung des Rechtsextremismus im Jahre 1981 durch eine Gesetzesvorlage des Bundes sollte hierbei nicht unerwähnt bleiben und volle Unterstützung finden. Mit den Mit-

teln des Strafrechts sollen Lücken geschlossen werden, die bei der Bekämpfung neonazistischer Umtriebe aufgetreten sind. Demgemäß sollen künftig auch Verhaltensweisen, die die Verbreitung vorkonstitutioneller nazistischer Schriften, die Werbung für die Wiederaufnahme nazistischer Organisationen, die Einfuhr von Gegenständen mit Naziemblemen und Verherrlichung, Billigung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Unrechtstaten, etwa das Wort von der »Auschwitzlüge«, strafrechtlich verfolgt werden können.

Es dürfen allerdings keine Illusionen darüber entstehen, daß mit den Mitteln des Rechts allein der Kampf gegen den politischen Extremismus zu gewinnen ist.

Schwerpunkt jeder Bekämpfung des politischen Extremismus muß allerdings die geistig-politische Auseinandersetzung mit sei-

nen ideologischen Grundlagen, seinen bisherigen geschichtlichen Ergebnissen und seinen Konsequenzen für einen freiheitlichen Staat sein. Diese Auseinandersetzungen müssen alle demokratischen Kräfte führen. Angesichts dieser Entwicklung darf sich auch ein Latrinenschmierer künftig nicht mehr mit Unwissenheit herausreden können. Ursachen, Zusammenhänge und Folgen des Alt- und des Neonazismus müssen in unserer Gesellschaft breit diskutiert werden.

Dazu will die vorliegende Dokumentation beitragen.

*Gewerkschaft ÖTV
Bezirksverwaltung Hamburg*

Entwicklung der Gedenktafel-Aktion in der Baubehörde (1977 bis 1981)

Es begann 1977. Damals fühlten sich einige Kolleginnen und Kollegen aus der Baubehörde von der steigenden Zahl von Hakenkreuz- und Nazi-Schmierereien in den Toiletten der Stadthausbrücke 8 betroffen (siehe Foto). Sie — wir — wollten diese Schmierereien nicht tatenlos hinnehmen, zumal sich im Stadthaus während der Nazi-Zeit das Gestapo-Hauptquartier von Hamburg befand, die Zentrale für die politische Unterdrückung in dieser Stadt. So viel bzw. so wenig wußten wir damals von dieser Vergangenheit unserer heutigen Arbeitsstätte. Verein-

zelt hatten uns ältere Kollegen (K. Schmalbruch, A. Peldszus, E. Bähr) von dieser »Stätte des Grauens« berichtet. Sie selber hatten in den Kellern gelitten.

Wir waren empört über das Wiederaufleben faschistischer Propaganda wie dieser Schmierereien im Haus. Unseren Protest dagegen haben wir mehrfach in Personalversammlungen zum Ausdruck gebracht. Die Verurteilung dieser Schmierereien wurde auf Vorschlag des Kollegen K. Schmalbruch um die Forderung ergänzt, in der Baubehörde eine Gedenktafel anzubringen.



Nazi-Schmierereien in der Toilette der Baubehörde 1977

Am 21. Dezember 1977 brachten wir einen entsprechenden Antrag auf einer Teilpersonalversammlung ein, der von einer Mehrheit der Anwesenden durch Akklamation unterstützt wurde. Auch an den damaligen Bausenator Rolf Bialas wurde die Forderung nach einer Gedenktafel gerichtet. Unsere Bemühungen blieben zunächst ohne Erfolg. Daher starteten wir im Sommer 1978 eine Unterschriftenaktion. Damit sollte erneut gegen die Schmierereien Stellung bezogen werden und gleichzeitig in Verbindung mit Information über die Vergangenheit die Forderung nach einer Gedenktafel aufgestellt werden (siehe Anhang 1). Über 200 Kolleginnen und Kollegen unterstützten mit ihrer Unterschrift diese Forderung. Im Juni 1978 unternahmen wir mit einem weiteren Brief an den Bausenator im Anschluß an die Personalversammlung vom 16. Juni 1978 einen erneuten Vorstoß. Eine Antwort darauf blieb auch diesmal aus.

Im Sommer 1978 schließlich richtete die »ÖTV-Arbeitsgruppe Gedenktafel« an den neuen Senator Volker Lange und kurz darauf auch an den Ersten Bürgermeister Hans-Ulrich Klose die Bitte, unsere Forderung nach einer Gedenktafel zu unterstützen (siehe Anhang 2). Staatsrat Rabels antwortete uns für den Ersten Bürgermeister. In diesem Antwortbrief erhielten wir erstmals von landespolitischer Seite grundsätzliche Unterstützung für

und Kollegen, besonders beim Sammeln von Unterschriften, verstärkte sich der Eindruck einer weitverbreiteten Unkenntnis und Unsicherheit über die Nazi-Zeit. Nicht selten trafen wir eine distanzierte Haltung oder auch den Wunsch an, hiermit in Ruhe gelassen zu werden. Als symptomatisch dafür können Aussprüche im Schreiben des Verbandes Höherer Technischer Verwaltungsangestellter VHTV (siehe Anhang 4) stehen.

Wir selber wollten mehr wissen.

Wir haben uns die Luftschutzräume der Hitlerpolizei im Keller am Neuen Wall 88 angesehen.

Alte Beschriftungen und Halterungen für die Pritschen sowie der »Seufzergang« vom Innenhof zur heutigen Modellbauerei, durch den die Inhaftierten mit

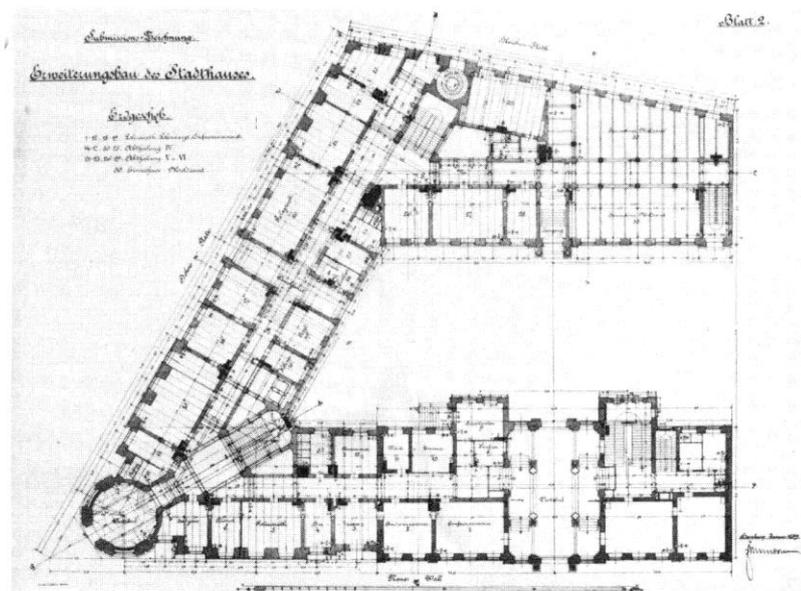
Tritten und Schlägen zu den Zellen getrieben wurden, lieferten uns eine Vorstellung von den grausamen Ereignissen dieser Zeit. Wir fühlten uns betroffen und mehr als vorher verpflichtet, soweit wie möglich aufzuklären. Es entstand die Idee, in einer »Dokumentation« zusammenzutragen, was Augenzeugen und Betroffene berichten konnten. Es lag uns vor allem daran, daß diese leidvollen Erfahrungen nicht verlorengehen. Wir haben die Betroffenen interviewt und uns die Protokolle bestätigen lassen. Oder aber die damals im Stadthaus Verfolgten haben uns selber einen Bericht geschrieben. Dabei konnten Unklarheiten zwischen den einzelnen Berichten nicht ausgeräumt werden. Insofern will und kann diese »Dokumentation« keinen histo-

risch-wissenschaftlichen Anspruch erheben.

Der Blick in die Vergangenheit des Stadthauses hat uns klargemacht, daß das Anbringen einer Gedenktafel allein nicht ausreicht; die Chance für ein Auseinandersetzen mit diesem Teil deutscher Vergangenheit sehen wir nur, wenn die vorhandene Unwissenheit abgebaut werden kann. Nach 36 Jahren ist diese Auseinandersetzung immer noch notwendig.

Nichtwissen oder Nichtwissenwollen haben immer schon die Entstehung totalitärer Systeme erleichtert. Sie sind auch heute eine Gefahr für unsere Demokratie. Für die Stärkung der Wachsamkeit und des Widerstands gegen alle Formen von Willkür und Totalitarismus könnte hier unsere Aufklärung einen kleinen Beitrag leisten.

Im Jahre 1980 konnte schließlich die konkrete Gestaltung der Gedenktafel und deren Finanzierung in Angriff genommen werden. Für die Gestaltung der Tafel wurde der Hamburger Bildhauer Gerhard Brandes gewonnen. Vorgegangen waren viele Gespräche, in denen Oberbaudirektor Professor Dr. Müller-Ibold den Ausschlag für eine künstlerische Gestaltung der Tafel gegeben hatte. Eine von der »ÖTV-Arbeitsgruppe Gedenktafel« initiierte und von der Baubehörde mit Unterstützung der im Personalrat vertretenen Gewerkschaften und Gruppierungen durchgeführte Spendenaktion



Grundriß: Stadthaus Ecke Neuer Wall

erbrachte einen Betrag von über 6000 DM. Damit und mit Hamburger Haushaltsmitteln wurde die Tafel finanziert.

Im Frühjahr 1981 wird dann, so hoffen wir, die Gedenktafel im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung an dem vorgesehenen Platz im Eingangportal der Baubehörde angebracht werden können. Gleichzeitig soll diese »Dokumentation« der Öffentlichkeit und den Kolleginnen und Kollegen in der Baubehörde vorgestellt werden.

Wir wünschen uns, daß Gedenktafel und Dokumentation das Gespür für menschenfeindliches Handeln und menschenverachtende Politik stärken helfen.

Spendenaufruf

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Baubehörde!

Demnächst soll am Haupteingang der Baubehörde, Stadthausbrücke 8, eine Bronzetafel angebracht werden zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Gebäuden des Stadthauses.

Diese Gedenktafel, für die sich ein größerer Kreis von Mitarbeitern mit Unterstützung unter anderem auf mehreren Personalversammlungen seit längerem einsetzt, soll Ausdruck der bewußten Auseinandersetzung mit der schrecklichen Vergangenheit auch an unserer heutigen Arbeitsstätte sein.

Das Stadthaus war vor der Nazi-Zeit Sitz der Polizeibehörde. Bereits im März 1933 wurde hier ein Kommando zur besonderen Verwendung geschaffen. Dieses brutal und rücksichtslos vorgehende Kommando, dem überwiegend SA-Leute angehörten, hatte die Aufgabe, politisch Andersdenkende festzunehmen und zu verhören. Um die Jahreswende 1933/34 übernahm die SS die Leitung der Staatspolizei (politische Polizei); wenig später wurde die Geheime Staatspolizei (Gestapo) geschaffen, ebenfalls mit dem Hauptquartier im Stadthaus.

»Stätte des Grauens« wurde das Gebäude zu Recht genannt. Hier war die zentrale Einlieferungs-

stelle, wo verhört und gefoltert wurde. Für viele Demokraten und Regimegegner war es die Durchgangsstätte ins Konzentrationslager. Folgende politische Persönlichkeiten wurden hierher gebracht:

— Adolph Schönfelder, Präsident der Bürgerschaft 1946 bis 1960, sozialdemokratischer Polizeisenator vor 1933, wurde im Stadthaus mißhandelt.

— Adolph Kummernuss, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Baubehörde und langjähriger Vorsitzender der ÖTV: »... Ich wurde am 18. Juni 1935 verhaftet. Nach ergebnislosem Verhör ging es dann zum Stadthaus, zur Zentrale der Gestapo. Jetzt wurde mehr geschlagen als verhört...«

Auch Mitarbeiter der Baubehörde haben hier gelitten:

— Unser vor kurzem pensionierter Kollege Karl Schmalbruch war im Frühjahr 1933 verhaftet und durch die Einfahrt Stadthausbrücke 10 in eine Massenzelle im Keller der heutigen Stadthausbrücke 10 und 12 geschafft worden. Er wurde zu 9 Monaten Haft verurteilt, weil er als kaum 18jähriger ein Flugblatt gegen den Krieg weitergegeben hatte.

— Das spätere langjährige Personalratsmitglied der Baubehörde, Kollege Albert Peldszus, wurde 1933 mehr-

fach im Stadthaus verhört. Wegen einer Auseinandersetzung mit der SA mußte er 9 Monate im Gefängnis verbringen.

— Ebenfalls 1933 wurde der Kollege Ernst Bähr wegen seiner Mitgliedschaft zur verbotenen Sozialistischen Arbeiterjugend verhaftet und vor den Vernehmungen in die Kellerräume des Stadthauses gebracht.

Wie viele Menschen hier gefoltert wurden, ist nicht genau festzustellen; denn die Karteien wurden zum Kriegsende vernichtet. Zeugnis geben Schriften, die über diese Zeit berichten, so zum Beispiel über folgende Schicksale:

— ... Franz Bobzien, der nach Hamburg gebracht, im Gestapokeller an der Bleichenbrücke entsetzliche Folterungen durchstehen mußte, wurde später in seinem Prozeß zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt ...

— ... Albert Bennies war am 20. Juli 1934 in die Hände der Gestapo geraten ... Trotz schwerster Folterungen im Keller des Stadthauses gab er keinen seiner Kameraden preis ...

— Carl Burmester wurde am 17. September 1934 im Stadthaus die Treppe hinunter zu Tode gestürzt.

— Gustav Schönherr war am 17. April 1933 nach der Folter im Stadthaus aus dem 5. Stock in den Tod gesprungen.

Der Text der Tafel, der von der »ÖTV-Arbeitsgruppe Gedenktafel« und dem ehemaligen Senatssprecher Erich Lüth in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeitet wurde, soll folgenden Wortlaut haben:

Wir gedenken der Opfer, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in diesem Haus unter der Geheimen Staatspolizei gelitten haben. Für viele war hier die erste Leidensstation auf dem Weg in die Konzentrationslager. Verteidigt die Menschenrechte!

Lassen Sie uns alle durch Unterschrift und Spende dokumentieren, daß wir die Schrecken dieser

Zeit nicht verdrängt haben, sondern entschlossen sind, zu unserem Teil mit dafür zu sorgen, daß die sie verursachende politische Gesinnung niemals wiederkehrt!

Wiederauflebender nationalsozialistischer Propaganda, wie sie zum Teil durch Hakenkreuzschmierereien in der Baubehörde zum Ausdruck kam, treten wir entschieden entgegen. Über die Würdigung der Opfer hinaus richten wir mit dem letzten Satz der Inschrift einen Appell an die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, auch heutzutage für Demokratie und Menschenrechte einzutreten.

Neben den Spenden sollen Haushaltsmittel für die künstlerische Gestaltung und die Herstellung der Tafel eingeworben werden. Alle Unterzeichner des Aufrufes hoffen, daß die meisten Mitarbeiter der Baubehörde sich dieser Aktion anschließen können. Dokumentieren Sie in der demnächst Ihnen vorgelegten Liste durch Unterschrift Ihre Bereitschaft zur Unterstützung und tragen Sie bitte die Art der Spendenzahlung ein (Überweisung oder Barzahlung).

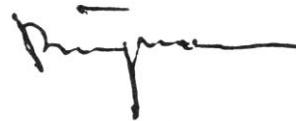
März 1980

Spendenkonto:

Haspa, Kto.-Nr. 1237/453574
(BLZ 200 505 50), G. Fischer



Senator



Personalrat




Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG)



Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr (ÖTV)



Gewerkschaft für Angestellte und Beamte
des öffentlichen Dienstes
im Deutschen Beamtenbund (Komba Hamburg)



Zentralverband der Ingenieure des
öffentlichen Dienstes in Hamburg e. V.
(ZVI-Hamburg e. V.)

Karl L.M. Schmalbruch

Bauingenieur;
Mitarbeiter der Baubehörde
von 1947 bis 1978

Bericht

Karl Schmalbruch, geb. 29. April 1915, war seit 1947 unser Kollege in der Baubehörde und seit 1930 Gewerkschaftsmitglied, hier zuletzt Vertrauensmann der ÖTV für das Amt für Wohnungswesen.

K. Schmalbruch, der damals Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend — SAJ — war, wurde als kaum 18jähriger nach dem Reichstagsbrand im Frühjahr 1933 verhaftet, weil er ein Flugblatt gegen die Nazi-Diktatur zufällig auf der Straße an einen Jugendfreund weitergegeben hatte. Dieser Jugendfreund geriet in Eimsbüttel in eine großangelegte Straßenrazzia der SA, dabei wurde er durchsucht und das Flugblatt bei ihm gefunden. Unter massiven Drohungen gab er an, von wem er das Flugblatt hatte.

Daraufhin wurde K. Schmalbruch, der bei seinen Eltern lebte, die als langjährige Sozialdemokraten wohlbekannt waren, am frühen Morgen aus dem Bett heraus verhaftet und mit einem Polizeiauto zunächst in das Polizeiviertel Muggenkaufstraße und dann in das berühmte Gestapo-Gefängnis ins Stadthaus

geschafft. Er erinnert sich, durch die Einfahrt Stadthausbrücke 10 (heutige Bücherei der Baubehörde) in den Hof und in den Keller unter den Gebäuden der heutigen Stadthausbrücke 10 und 12 in eine Massenzelle gebracht worden zu sein. In dieser Gemeinschaftszelle waren ca. 20 bis 25 nicht nur politische, sondern auch kriminelle Häftlinge untergebracht. Hier herrschte ein ständiges Kommen und Gehen. Es fiel auf, daß Gefangene, die offensichtlich zu Vernehmungen geführt wurden, in diese Zelle nicht zurückkehrten. Auf den Gängen hat er Wandschränke gesehen, in denen einige Gefangene einzeln eingesperrt waren, die sich darin kaum rühren konnten.

K. Schmalbruch glaubt hier in einem sehr großen und starken Gefangenen Ernst Thälmann erkannt zu haben, der gerade von



mehreren schwerbewaffneten Gestapo-Männern aus einem solchen Schrank heraus abgeführt wurde.

Die Verhöre fanden im Obergeschoß etwa im Bereich Stadthausbrücke 8—10 in einem größeren Raum statt, die von SA und SS-Hilfspolizisten durchgeführt wurden. Außer K. Schmalbruch wurden gleichzeitig andere Gefangene verhört, wobei einige Gefangene nach kurzem Verhör entweder in einen anderen Raum abgeführt wurden oder mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand auf eine weitere Vernehmung warten mußten.

Da die Aussagen von K. Schmalbruch mit den Aussagen des am Abend vorher verhafteten Jugendfreundes übereinstimmten, genügten diese Aussagen, um K. Schmalbruch ins Untersuchungsgefängnis zu überführen und dem Untersuchungsrichter vorzuführen, welcher Untersuchungshaft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« anordnete.

K. Schmalbruch hat während seiner Vernehmungen direkt keine Mißhandlungen von Gefangenen gesehen, noch ist er selber mißhandelt worden, doch im Untersuchungsgefängnis haben Mitgefangene davon gesprochen, und bei einigen politischen Mitgefangenen hat er Spuren von Mißhandlungen gesehen.

In der Folgezeit ist K. Schmalbruch wiederholt vom Untersuchungsgefängnis in das Stadthaus gebracht und verhört worden. Hier wollte man von ihm

wissen, woher die Flugblätter kamen, in denen besonders die Jugendlichen vor einer rücksichtslosen Nazi-Diktatur und der heraufziehenden Kriegsgefahr gewarnt wurden.

Später hat K. Schmalbruch erfahren, daß die Flugblätter von einer kommunistisch orientierten Jugendgruppe illegal hergestellt und heimlich vertrieben wurden. Unter dem Eindruck der brutalen Vernehmungspraktiken der Nazis und massiver Drohungen hat er schließlich zugegeben, daß er dieses Flugblatt von seinem Bruder Hermann Schmalbruch erhalten hätte, der in der erwähnten verbotenen Jugendgruppe mitgearbeitet hatte. Hermann Schmalbruch konnte sich jedoch der drohenden Verhaftung durch die Flucht entziehen und war, noch untergetaucht, einige Monate bis zu seiner Verhaftung politisch gegen die nazistische Machtergreifung aktiv. In diesem Zusammenhang wurde die elterliche Wohnung der Geschwister Schmalbruch mehrfach von der Gestapo durchsucht und alles durcheinandergeworfen.

Infolgedessen mußte die Mutter von K. Schmalbruch bald darauf mit einem schweren Nervenzusammenbruch ins Krankenhaus gebracht werden, wobei sie nach jahrelangem Krankenhaus- und Anstaltsaufenthalt einen lebenslangen gesundheitlichen Schaden davongetragen hat.

Eine weitere schwerwiegende Folge war, daß die kinderreiche Familie Schmalbruch auseinan-

derbrach, wobei besonders der jüngste, noch schulpflichtige Bruder in seiner weiteren Entwicklung schwer geschädigt wurde.

Ende November 1933 fand schließlich ein Mammutprozeß beim Oberlandesgericht gegen H. Schmalbruch und Genossen — das waren ca. 18 weitere jugendliche Angeklagte — statt, der sich in der Hauptsache gegen Hermann Schmalbruch richtete, der sehr mutig vor dem Oberlandesgericht alle belastenden Aussagen gegen die Mitangeklagten standhaft verweigerte. Ein demokratisch eingestellter Rechtsanwalt, der von den Angehörigen der Brüder Schmalbruch bestellt worden war, wurde kurz vor dem Prozeß gegen einen Offizialverteidiger ausgetauscht. An eine Prozeßepisode erinnert sich K. Schmalbruch besonders deutlich. Der verhandlungsführende Richter machte einem noch jugendlichen, geradezu kindlich wirkenden Mitangeklagten Vorhaltungen, warum er denn so viele ehrenwerte und unbeteiligte Personen, darunter z. B. auch seinen Lehrer, mit falschen Aussagen bei der Gestapo belastet hätte? Die Antwort war: Man hat mich ja bei den Vernehmungen so verhauen! Aufgrund dieser Aussage bekam er jedoch vom Oberlandesgericht eine besonders hohe Strafe von eineinhalb Jahren zudiktiert. Der Hauptangeklagte Hermann Schmalbruch erhielt zweieinhalb Jahre Gefängnis, wurde aber im

Anschluß an die verhängte Gefängnishaft nicht entlassen, sondern als aufrechter Antifaschist noch weitere zweieinhalb Jahre in die Konzentrationslager Esterwegen und Sachsenhausen gebracht.

Karl Schmalbruch wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die wesentlich längere Untersuchungshaft als verbüßt erklärt wurden. Trotzdem wurde K. Schmalbruch nach dem Prozeß auch nicht gleich entlassen, sondern der Gestapo in sogenannte Schutzhaft überstellt und in das KZ Fuhlsbüttel gebracht. Hier wurde er offenbar für un-erziehungswürdig gehalten, denn ihm wurde dort nahegelegt, dem seinerzeit noch freiwilligen »Arbeitsdienst« beizutreten. Unter dieser Bedingung wurde er bald aus dem Stadthaus heraus entlassen.

In der Folgezeit wurde K. Schmalbruch ständig polizeilich überwacht und aufgrund seiner politischen Vorstrafe 1936 auch noch vom Wehrdienst ausgeschlossen. Zu dem Schicksal unserer Gewerkschaftskollegen Hermann Schmalbruch — langjähriges Mitglied der IG Metall — und des ÖTV-Kollegen Karl Schmalbruch ist abschließend zu bemerken, daß nicht nur die direkt Betroffenen, sondern in der Regel auch die nächsten Familienangehörigen schweren Leiden aufgrund der Nazi-Verfolgungen ausgesetzt waren, die von der Gestapo-Zentrale im Stadthaus ausgegangen sind.

Albert Peldszus

30 Jahre Mitarbeiter
der Baubehörde

Bericht

Albert Peldszus arbeitete fast 30 Jahre bei der Baubehörde im Bereich der Stadtreinigung. Er wurde vor fünf Jahren pensioniert. 17 Jahre lang war er Mitglied des Personalrats, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender.

Als 23jähriger wurde er Anfang 1933 verhaftet. Grund war eine Konfrontation mit der SA vor der Machtergreifung, für die er und andere Beteiligte (etwa 20) bereits zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden waren. Acht bis neun Monate hatte er wegen Landesfriedensbruchs in einem Braunschweiger Gefängnis gesessen. Dann wurden ihm und den anderen durch eine Amnestie

schließlich drei bis vier Monate erlassen.

Nach der Machtergreifung durch die Nazis wurde dieser Fall erneut aufgegriffen und A. Peldszus zwischen Februar und November 1933 in das Stadthaus eingeliefert. Er wurde durch das Tor Neuer Wall (heute: Nr. 88) in den Hof gefahren und von dort in eine Massenzelle im Keller unter dem Haus 88 im Anschluß an das Haus Stadthausbrücke 8 mit anderen — etwa 30 bis 45 — politischen Häftlingen gebracht. Zur Vernehmung mußten sie durch den Keller zur Treppe zwischen Stadthausbrücke 8 und 10 und in die Räume im zweiten Stock (beim heutigen Sitzungssaal 201).

Nach den Verhören wurden sie in das KZ Fuhlsbüttel gebracht und zu Vernehmungen mit Busen erneut ins Stadthaus. Zwischen Februar und November 1933 war A. Peldszus etwa dreibis viermal im Stadthaus. Im Stadthaus selbst wurde er nicht geschlagen oder gefoltert. Bei seinen Vernehmungen war das auch nicht erforderlich, da die Umstände durch frühere Verhandlungen bereits bekannt waren. In Fuhlsbüttel waren Schläge dann jedoch an der Tagesordnung.

An die Namen Kosa (Chef des »Kommandos zur besonderen Verwendung« im Gestapo-Hauptquartier) und Dusenschön (Kommandant des KZ Fuhlsbüttel) kann er sich noch erinnern.

Nach neun Monaten Haft wurde er entlassen, war dann lange er-

werbslos, wurde dreimal gemustert, aber zunächst nicht eingezogen, mußte zum Arbeitsdienst und zur Landhilfe, wurde später doch eingezogen und »durfte« am Krieg teilnehmen.

Ernst Bähr

geboren 3. Januar 1917; ehem.
Mitarbeiter der Baubehörde

Eigener Bericht

Ich wurde als Mitglied der verbotenen Sozialistischen Arbeiterjugend im April 1933 verhaftet und vom Untersuchungsgefängnis in einen Kellerraum des Stadthaus gebracht. Aus dem Keller wurde ich zur Vernehmung geführt und danach zurückgebracht und wieder ins Untersuchungsgefängnis transportiert. Die ge-



samte Prozedur wurde drei- oder viermal wiederholt. Die eigentlichen Vernehmungen dauerten insgesamt etwa zwei Stunden. Sie wurden nur teilweise von der eigentlichen Kriminalpolizei durchgeführt, zum anderen Teil waren sogenannte Hilfspolizisten dabei. Das waren solche, die auch verhafteten. Die Verhaftungen wurden in jenen ersten Jahren des Nationalsozialismus noch nicht ganz so brutal durchgeführt wie später — das Regime war ja noch nicht so fest etabliert. Mir selbst wurde bei der Verhaftung durch das Anlegen der Knebelkette die Haut am Arm zerrissen.

Carl Burmester

geboren 12. März 1901;
am 17. September 1934 im
Stadthaus die Treppe hinunter
zu Tode gestürzt

Bericht von Greta und
Jens-Peter Burmester

Unser Vater, der Vater von Greta Burmester und meinem ein- und einhalb Jahre jüngeren Bruder, Jens-Peter Burmester, Carl Burmester, geboren 12. März 1901 in Hamburg, wurde zu Beginn der Sommer-Schulferien in Hamburg im Jahre 1934 erneut von der Gestapo verhaftet. Den genauen Tag weiß ich nicht. Meine Mutter, das heißt unsere Mutter, Charlotte-Lotte Wehner, verwitwete Burmester,

geb. Clausen, war zu dieser Zeit selbst in Haft und ist am 26. Oktober 1979 verstorben.

Unser Vater hatte uns zu einem sogenannten Kindertransport gebracht für einen Ferientaufenthalt bei Verwandten in Flensburg. Wir bekamen keine Post von unserem Vater, was unüblich war und unsere Tante erregte. Ich schließe daraus, daß er kurz nach unserer Abreise verhaftet wurde. Am 17. September 1934 endete sein Leben.

Der Vater unseres Vaters, Franz Burmester, verstorben während des Krieges, erzählte, daß unser Vater im Stadthaus, im Zusammenhang mit einem Verhör, vom Treppenhaus hinuntergestürzt wurde. Ins Hafenkrankenhaus überführt, konnte unser Großvater unseren Vater nur noch tot sehen.

Er muß in dieser Zeit, etwa zwei Monate, viel durchgemacht ha-



ben, denn der recht junge Mann von 33 Jahren, der uns mit frischen rotblonden Haaren verließ, hatte im Tode schlohweiße Haare. In der Familie meines Vaters ist frühes weißes Haar nicht verbreitet.

Meine Mutter wurde am Tage der Beisetzung vorübergehend aus der Haft entlassen. Wir trafen sie zufällig auf dem Weg zur Vorortbahn Friedrichsberg, als wir zum Friedhof wollten.

Was im einzelnen geschehen ist, weiß ich nicht. Der beste Freund meines Vaters aus seiner frühen Erwachsenenzeit, Otto Burmeister, der Schöpfer der Ruhrfestspiele, sagte zu mir: »Dein Vater war ein tapferer Mann.«

Ein früherer Unterbezirksgeschäftsführer der SPD im Bereich Weser-Ems, ich vermute, er heißt Kunze, erzählt mir, er habe illegale Arbeit in der Heide mit meinem Vater gemacht und ihn sehr bewundert, wie er trotz schrecklicher Schläge weiterarbeitete.

Es gab oder gibt auch irgendwo ein Buch, ich las es in der Zeit der Emigration in Schweden, vermutlich Ende der dreißiger Jahre, in dem mein Vater erwähnt wird. Allerdings wurde dort sein Name falsch geschrieben, Burmeister statt richtig Burmester. Aber eindeutig ging es um seine Person.

Mein Vater war Schiffszimmermann wie auch schon sein Vater und kam aus einer bewußt sozialdemokratisch und gewerkschaft-

lich organisierten Familie, die unterhalb des Michels wohnte. Er stand in Verbindung mit Heinrich Vogeler in Worpswede und trat mit unserer Mutter der Kommunistischen Partei bei.

Helmut Heins

Maschinenschlosser;
Mitglied der Vereinigung der
Verfolgten des Nazi-Regimes

Bericht

Ich arbeitete 1926 in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) mit und ab 1931 in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Von dort kam ich über die »Antifaschistische Aktion« 1932 zum Kommunistischen Jugendverband (KJV). Ende Mai 1934 wurde ich wegen



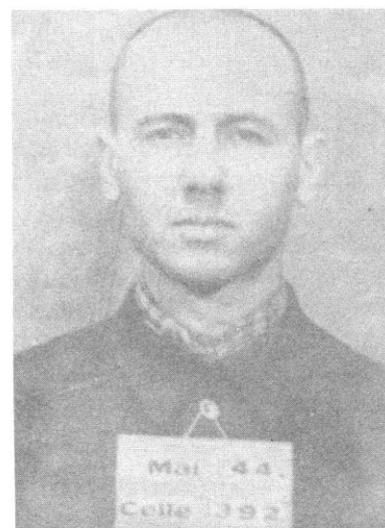
Mitarbeit an Zeitungen und Flugblättern und deren Verteilung verhaftet. Ich wurde durch den Eingang Ecke Neuer Wall, der später gesperrt wurde, nach oben in den »Spiegelsaal« (im Gebäude Neuer Wall 88, gegenüber dem Turmzimmer) gebracht. Ich wurde verhört und mißhandelt, um Geständnisse und Namen von politischen Freunden zu erpressen. 1935 wurde ich dann zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Während der Zeit im Untersuchungsgefängnis heiratete ich. 1937 wurde ich entlassen. Einige Tage nach meiner Entlassung wurde meine Frau verhaftet und ebenfalls zu zwei Jahren verurteilt.

1939 zogen wir dann beide nach Schenefeld. Ich arbeitete bei Heidenreich und Harbeck in Barmbek. Dort waren viele politische Gegner und es bildete sich sehr schnell eine Gruppe von Antifaschisten.

1941 kamen Freunde aus KZs zurück und nahmen schließlich Kontakt mit den Betriebsgruppen auf. Es kam zur Bildung der Bästleingruppe. 1942 wurde ich wegen Mitgliedschaft in dieser Gruppe zum zweiten Mal verhaftet. Durch eine sonst verschlossene Tür vor der Stadthausbrücke (Tür neben der Bleichenbrücke oder heutige Tordurchfahrt) wurde ich über den Gestapo-Hof (1. Hof ab Neuer Wall) in den Keller gebracht. In Eisen standen wir später im »Spiegelsaal« und warteten mit dem Gesicht zur Wand auf unsere Vernehmung.

Wer sich bewegte oder zu sprechen versuchte, wurde geschlagen. Von den etwa 300 Mitgliedern der Bästleingruppe waren 150 verhaftet worden, von denen etwa 100 hingerichtet oder von der Gestapo erschlagen wurden. Nachts kamen wir nach Fuhlsbüttel und nach einigen Tagen erneut zu Verhören oder Gegenüberstellungen ins Stadthaus. 1943 wurden wir von Fuhlsbüttel ins Untersuchungsgefängnis verlegt, wo wir in den Zellen die Bombenangriffe durchstanden.

Nach den Bombenangriffen wurden wir dann vorläufig beurlaubt, weil unsere Ernährung nicht mehr möglich war. Als die Gestapo sich wieder in Hamburg eingefunden hatte, wurde ich erneut verhaftet. 1944 fand dann mein Prozeß und der von sieben weiteren Freunden vor dem Volksgerichtshof statt. Von den acht Angeklagten wurden sechs



zum Tode verurteilt. Ich selbst wurde wegen »Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat« zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und kam nach Celle.

Als im April 1945 die Front näher rückte, mußten wir Gefangenen in sogenannten »Elendszügen« von Celle nach Wolfenbüttel marschieren. Wer zusammenbrach oder schlappmachte, wurde mit Knüppeln geprügelt oder sogar erschossen. Nach vierzehn Tagen in Wolfenbüttel wurden wir von den Amerikanern befreit.

Irma Keilhack

1908 geboren;
seit 1929 in der SPD;
nach 1945 Bürgerschafts-
abgeordnete, Hamburger
Senatorin und Bundestags-
abgeordnete

Eigener Bericht*

Meine sehr persönlichen Erinnerungen an diese erste Phase der Nazi-Machtergreifung sind schrecklich. Nach der Besetzung des Gewerkschaftshauses in Hamburg am 2. Mai 1933, der Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens und der ersten Verhaftung führender Sozialdemokraten und Gewerkschafter

* aus Frauen im Widerstand — Hamburger Sozialdemokratinnen berichten. Mit freundlicher Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

wurde auch unser Parteibüro durch die SA gestürmt. Ich war — wie verabredet — allein im Büro. Mit »Hände hoch« und gezücktem Revolver sollte ich die Parteidokumente und Geld herausgeben, das wir bis auf ein paar wertlose Papiere und ein paar Mark natürlich bereits vorher in Sicherheit gebracht hatten. Die SA-Männer hausten aus Wut darüber wie Barbaren, zerfetzten und zerstörten, was ihnen in den Weg geriet, und schlossen das Büro. Am 22. Juni 1933 wurde dann ja die SPD im ganzen Reich verboten und ihre Organisation zerschlagen.

Trotz Schließung unseres Hamburger Parteibüros versuchten wir danach, noch einmal alle Spitzenfunktionäre im Konferenzsaal der Theaterstraße zusammenzubringen, um die Maßnahmen zu verabreden, die für die Tarnung und illegale Weiter-

arbeit notwendig wurden. Für den Fall, daß uns die SA »besuchen« sollte, verabredeten wir, daß wir über die Bedingungen gesprochen haben, über die man Verhandlungen zum Weitererscheinen des »Hamburger Echo« aufnehmen könne. Das war aus späterer Sicht natürlich absolut naiv von uns. Mitten in unsere Diskussion in später Abendstunde stürmte dann auch bewaffnete SA in unsere Versammlung, bedrohte und schlug uns und karrte uns mit Polizeiwagen in das »Kommando zur besonderen Verwendung«, das die SA in den Großen Bleichen unterhielt. Dort verhörte und traktierte man uns die ganze Nacht. Ich hatte Adressenmaterial von Vertrauensleuten bei mir. Ich kann mich entsinnen, daß wir es — weil wir es anders nicht verstecken konnten — aufaßen, um weitere Verhaftungen zu verhindern. Am anderen Vormittag landeten wir dann im Hamburger Untersuchungsgefängnis und waren jedenfalls aus den Fängen der SA. Nach ständigen Verhören entließ man dann uns Frauen nach etwa einer Woche und die Männer nach sechs Wochen mit der allseitigen Androhung eines Hochverratsprozesses und verordnete Polizeiaufsicht für längere oder kürzere Zeit.

Der Hochverratsprozeß wurde später niedergeschlagen. 1933/34 hatte das Nazi-Regime offenbar noch nicht genug Erfahrung in der Anzettelung von Prozessen.



Adolph Kummernuss

geboren 23. Juni 1895;
ÖTV-Vorsitzender
von 1949 bis 1964;
gestorben 7. August 1979

Interview*

Frage: Wann wurden Sie und die vier anderen Hamburger Kollegen verhaftet?

Kummernuss: Ich wurde am 18. Juni 1935 verhaftet. Mich haben vier Bullen abgeholt, zwei aus Stettin, zwei aus Hamburg. Beim ersten Besuch war ich nicht im Hause. Abends warfen sie mir durch den Briefkastenschlitz ungefähr 20 Exemplare des illegalen »Vorwärts«. Der Trick war zu alt, um darauf hereinzufallen. Fünf Minuten nach dem Einwurf bei mir gingen die Blätter in Rauch auf und die Asche ins WC. Am nächsten Morgen gegen 9 Uhr war man wieder da. Die Haussuchung dauerte zwei Stunden und blieb ohne Resultat, da ich »klar Schiff« gemacht hatte. Nach ergebnislosem Verhör ging es dann zum Stadthaus, zur Zentrale der Gestapo. Jetzt wurde mehr geschlagen als verhört: Die beiden Stettiner Strolche hatten mehr Übung und Ausdauer als die Hamburger, die versuchten es mehr mit

»Überredung«. Da ich seit Stunden das Sprechen überhaupt aufgegeben hatte, kam ich dann ins »KOLAFU«, ins Konzentrationslager Fuhlsbüttel, in Hamburg. Statt zu essen gab es weitere Prügel. Hier machte ich zum ersten Male Bekanntschaft mit dem Ochsenziemer. Gegen Mitternacht wurde ich in den C-Keller in eine leere Zelle ohne Fenster und Möbel geschleppt. An »Gehen« war nicht mehr zu denken. Die nächsten vier Tage immer dasselbe. Morgens ins Stadthaus, abends nach Fuhlsbüttel. Am fünften Tage eröffnete man mir, daß Bolling und Hobera verhaftet seien. Die Gestapo hatte sie über deren erst kurz vor Ostern ausgestellte Reisepässe ermitteln können. Außer den Teilnehmern an der Roskilder Konferenz ist 1935 auch niemand weiter von unserer Hamburger Gruppe verhaftet worden.

Es folgte ein Jahr Einzelhaft in einer Kellerzelle des KOLAFU, an der Tür war ein kleines Schild mit der inhaltsschweren Aufschrift »Eisen«. Nach Abschluß der Voruntersuchung übergab die Gestapo Gefangene und Akten der Staatsanwaltschaft Stettin. Im September 1936 war dort vor einem Sondergericht der Prozeß gegen unsere Hamburger und die Gruppe aus Pommern angesetzt. Den Vorsitz führte ein Landgerichtsdirektor Dr. Neumann. Der Gefangenentransport übernachtete in Berlin. Wir kamen an dem

Tage dort an, an dem gerade die Olympiade 1936 in Berlin eröffnet wurde. Der Prozeß »Kummernuss und Genossen« war für das NS-Regime nicht sehr ergebnisreich. Da jedes belastende Material fehlte, es keine Geständnisse gab und uns Hamburger außerdem ein kluger und mutiger Rechtsanwalt, Dr. Walter Harms, aus Hamburg, vertrat, fiel das Urteil für jene Zeit verhältnismäßig gering aus: Zwei Jahre Gefängnis, zum größten Teil im Konzentrationslager abzusitzen.

Frage: Sind Ihnen noch andere illegale Hamburger Gruppen der ehemals freien Gewerkschaften bekannt?

Kummernuss: Es soll in Hamburg noch eine illegale Gruppe von Fabrikarbeitern gegeben haben. Ich hörte davon in Amsterdam von Edo Fimmen. Ich glaube, von unseren jüngeren Kollegen waren die meisten mehr in il-



* aus Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933—1945. Berichte und Dokumente. Röderberg-Verlag GmbH, Frankfurt/Main

legalen Parteigruppen tätig. So habe ich 1935 im KOLAFU beim Baden und in der sogenannten Freizeit eine Reihe Kollegen wiedergesehen, die ich aus der Gewerkschaftsarbeit kannte, so zum Beispiel Arnold Nicolaisen. Sie gehörten zu verschiedenen Gruppen. Bei den einen war das Wohnviertel maßgebend, bei anderen die Gewerkschaft, bei den dritten die Sportsparte oder die Jugendgruppe usw. Das war sowohl bei der illegalen KPD als auch bei der SPD der Fall.

Frage: Wir hörten, daß Sie während des Krieges Kontakt zur Hamburger Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen (KPD) hatten, und zwar hauptsächlich durch Walter und Käthe Tennigkeit. Wollen Sie darüber etwas Näheres mitteilen?

Kummernuss: Mit Walter und Käthe Tennigkeit war ich jahrelang gut befreundet. Ich kannte Käthe von ihrer Tätigkeit im Hamburger Gewerkschaftshaus her. Sie machte als Angestellte der Bäcker-gewerkschaft dort die Frauenarbeit. Wir trafen auch sehr oft bei Wanderungen in der Lüneburger Heide zusammen. Ihr Häuschen in Berne lag sehr günstig, und ich war sehr oft bei den beiden zu Besuch. Ich habe dort auch des öfteren Kollegen getroffen. Da wir uns grundsätzlich nur mit einem Vornamen anredeten, weiß ich nicht in jedem Falle, wer es war. Ich hatte Gründe anzunehmen, daß es sich vornehmlich um Metallar-

beiter handelte. Ich entsinne mich, Gustav Bruhn dort einmal, vielleicht auch zweimal getroffen zu haben. Ebenfalls einen Kollegen, der Kupferschmied war, aber den Namen weiß ich nicht mehr.

Letzte Frage: Wie sah es mit der illegalen Tätigkeit nach Ihrer Festnahme und dann später nach Ihrer Haftentlassung aus?

Kummernuss: Nach meiner Verhaftung im Juni 1935 übernahm Karl Wittbold die Leitung, er wurde auch mein Nachfolger als Hamburger Verbindungsmann zur ITF. Die Arbeit wurde gut fortgesetzt, und der Kontakt nach Amsterdam brach nicht ab. Ungefähr ein Jahr später wurden auch Karl Wittbold und einige Freunde aus dem Reichsgebiet abgeholt. Ich sagte schon, daß nach Wittbolds Verhaftung der ältere Henning die Reisen nach Amsterdam übernahm.

Auch nach unserer Entlassung aus der Strafhafte ging die illegale Tätigkeit in beschriebener Weise weiter. Die auffallendste Veränderung betraf die Termine und die Treffpunkte. Sie wurden sehr unregelmäßig, und die Lokale wechselten wir ständig. Bis zum Umzug der ITF von Amsterdam nach London hatten wir auch dorthin ständige Verbindung. Die Übersiedlung der ITF war, glaube ich, kurz vor dem Überfall auf Holland, jedenfalls fiel der Gestapo kein Stück Material in die Hände.

Auch nach Kriegsausbruch hat-

ten wir noch Kontakt zur ITF, wenn auch lockerer als früher. Da keine Reisen ins Ausland mehr möglich waren, gingen durch unsere Seeleute Berichte nach Amsterdam und später nach London. Wir erhielten, wenn auch spärlich und mit großen Abständen, sogar noch Material von der ITF. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges trafen wir uns noch des öfteren, viele waren wir nicht mehr. Eins haben wir bis zum Schluß gemacht: Wir haben kleine Handzettel per Druckschrift mit Slogans versehen und sie dann in die Telefonzellen und Telefonbücher gelegt. Viel mehr konnten wir auch am Schluß nicht mehr riskieren.

1943 hatten wir dann durch die Ausbombung große Verluste. Karl Wittbold ist mit Frau und Tochter in der Süderstraße umgekommen. Im gleichen Keller auch Freund Henning und Frau, die Wittbold an dem Abend besuchten; Albert Hintze und ich waren eine Stunde vor dem Angriff fortgegangen. Einige Kollegen sind im Krieg gefallen. Eine Reihe Kollegen sind schon in den ersten Jahren des NS-Regimes umgekommen. Vom damaligen Gesamtverband ist ein Angestellter des Verbandes Mitte 1933 im KOLAFU ermordet worden, er hieß Hinrichs. Vom Eisenbahnverband wurde ein Kollege im KZ ermordet, es war der Hamburger Funktionär Jonny Brüggemann.

Es wäre noch zu sagen, daß der

Aufbau der Einheitsgewerkschaften nach 1945 sehr viel mit den Erfahrungen des Widerstandes zu tun hat. Die Einheitsgewerkschaft — ohne Bindung an eine politische Partei —, dieser Gedanke ist in den faschistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen geboren worden.

Albert Blankenfeld

Rentner;
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Eigener Bericht

1933 war ich arbeitslos. In der Voraussicht etwaiger Eingriffe der Gestapo in die Arbeit der Gewerkschaften wurden unsere Hauskassierer vorzeitig in den Urlaub geschickt. Dafür wurden Aushilfen eingestellt. Darunter war auch ich. An einem Dienstag, es war Abrechnung, wurden alle im Büro Anwesenden durch das »Kommando zur besonderen Verwendung« verhaftet. Wir kamen in den alten Teil, Ecke Stadthausbrücke. Wir erfuhren: Grund der Verhaftung war ein chiffriertes Telegramm mit dem angeblichen Inhalt, daß von unserem Büro eine Erhebung ausgehen sollte. Bei unserem Aufenthalt im Stadthaus wurden unsere Vorstandsmitglieder miß-

handelt. Alle kamen wieder frei, da sich herausstellte, daß das Telegramm falsch übersetzt war.

Beim zweitenmal erhielt ich eine Karte, in der ich aufgefordert wurde, an einem Sonnabend zur Gestapo zu kommen. Ich wußte, worum es sich handeln sollte, denn es war eine Hausdurchsuchung bei mir gegenüber erfolgt. Dort waren Waffen eingemauert worden. Davon gehörte ein Gewehr mir. Man wollte wissen, woher ich dieses hätte. Ich konnte und wollte es nicht sagen. Ich bat mir Bedenkzeit aus, da meine Erinnerung sehr schlecht sei. Ich wurde entlassen mit der Auflage, am Montag wiederzukommen. Da ich alles bereinigt hatte, konnte ich dann sagen, daß es ein Gewehr aus der Zeit von 1919 war. Man konnte mich deshalb nicht dabehalten. Ich konnte wieder nach Hause gehen, nachdem ich versichert hatte, daß ich

nicht weiter tätig wäre. Das war im Sommer 1935.

Im November wurde ich von zu Hause abgeholt. Ich stellte fest, daß auch meine Genossen der illegalen Gruppe verhaftet waren. Wir kamen gleich in das KZ Fuhlsbüttel. Nach meiner ersten Vernehmung, bei der ich keine Aussage machte, wurde ich im KZ in Eisen gelegt. Nach ca. 14 Tagen wurde ich wieder zum Stadthaus gebracht. Aussagen von Freunden lagen auf dem Tisch. Da ich etwas lesen konnte, habe ich mich den Aussagen angepaßt. Man hat mich nicht mißhandelt. Nach Verbüßung meiner Strafe wurde ich wieder entlassen.

Nach der Überstellung in das Untersuchungsgefängnis war es geradezu eine Erholung: zivile Beamte, keine Beschimpfung bis zur Verhandlung.

In den Prozessen konnte dann vieles gesagt werden, was bei der Gestapo sofort unterdrückt worden wäre.

Im Prozeß Walter Schmedemann und Genossen erklärten Schmedemann, Ropers und Weidt, ihre Aussagen seien unter dem Druck der furchtbaren Mißhandlungen gemacht worden. Die Gestapo-Beamten als Zeugen konnten sich auf keine Mißhandlungen besinnen.

In einem anderen Prozeß erklärte Emil Götel, daß er bei der Gestapo schwer mißhandelt worden sei. Der Gerichtspräsident Rothe erklärte, daß diese Maßnahme



deshalb durchgeführt sei, weil er sonst nicht gestanden hätte. Einige Männer und Frauen haben die Qualen nicht ertragen. Sie haben den Freitod gewählt, um andere Freunde nicht zu belasten.

Männer des Blutsonntags in Altona hat man so gequält, daß sie gerade noch am Leben blieben. Denn sie sollte der Henker treffen.

Wer seine Strafe verbüßt hatte, wußte niemals, ob er entlassen würde. Erst die Gestapo entschied über das Schicksal des einzelnen. War für sie die Strafe nicht hoch genug, so wurde Einweisung in ein KZ angeordnet. Sachsenhausen war das nächste KZ, in das ich eingeliefert wurde. Über die Dauer dieser Haft entschied allein die Staatspolizei. — Ein kurzer Überblick über die Geschichte der »Geheimen Staatspolizei« in Hamburg: Nach der Machtübernahme im März 1933 in Hamburg wurde ein »Kommando zur besonderen Verwendung« gebildet, das KzbV. Zunächst in Räumen des Eckhauses Große Bleichen und Stadthausbrücke. Hier wurden wahllos Verdächtige brutal mißhandelt. Die Denunziation blühte.

Dann wurde die »Geheime Staatspolizei« gebildet. Stadthausbrücke 8 wurde das Hauptquartier. Spezielle Kommandos wurden gebildet zur Vernehmung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und anderen. Brutale Verhörmethoden wechselten mit angeblichem Wohlwollen ab

(»Wir wollen doch nur dein Bestes«). Dieses Verhalten blieb erfolglos, weil niemand darauf hereinfließ. Nach den Verhören erfolgte die Einweisung in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel. Hier wurden die Behandlungsmethoden fortgesetzt, um Geständnisse zu erpressen.

Im KZ Fuhlsbüttel waren Männer der SA als Wächter eingesetzt. Es waren viele brutale Schläger darunter, denen es Befriedigung war, kraft ihrer Macht zu schlagen und zu quälen.

Beliebt war das abendliche Vergnügen der SA vor dem Schlafengehen: Passierte beim Abzählen ein Fehler, dann hieß es, hinlegen, auf usw., dann auf die Treppe, hier in Kniehaltung Treppe rauf und Treppe runter, ebenfalls unter Beschimpfungen. Ein beliebter Spaß war es, eine Gruppe den Hof umgraben zu lassen, dann wurde mit dem eigenen Körper die Fläche wieder festgewalzt, dann wieder umgegraben usw.

Wochenlang die Hände in der Acht, zum Teil auch in der Nacht an das Bett angeschlossen.

In den Kellern des KZ wurden noch grausamere Methoden angewandt. Im kalten Raum, ohne Stuhl, ohne Bett, ohne Klosett, tage- und wochenlang im eigenen Dreck. Man kann es alles gar nicht beschreiben. Dieses spielte sich in vielen Variationen ab, je nach der Laune und Brutalität des SA-Mannes.

Ich hoffe, daß jeder begreift,

welch ein brutales Regime der Nationalsozialismus war. Ganze Generationen wurden auch durch den verbrecherischen Krieg vernichtet.

Denken wir daran. Niemals vergessen!

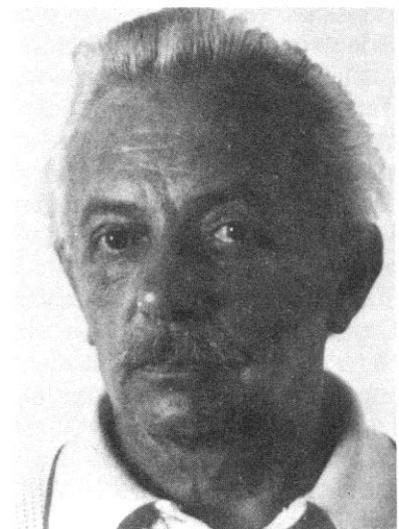
Verteidigt die Menschenrechte!

Herbert Baade

Friseur;
Mitglied der Vereinigung der
Verfolgten des Nazi-Regimes

Bericht

Ich wurde mit 21 Jahren 1933 vom KzbV-Marinesturm wegen Mitgliedschaft im »Kampfbund gegen den Faschismus« und der »Antifaschistischen Aktion« zum ersten Mal verhaftet. Um 6 Uhr wurde ich von meinem Friseur-



geschäft in der Bäderstraße abgeholt und in die Stadthausbrücke gebracht. Damals wurde ich über den heutigen Haupteingang (Stadthausbrücke 8) in das Gebäude geführt. Vor die Paternoster hatte man Bereiche aus Glas und Stahl gebaut; das Ganze wirkte wie ein gläserner Aufzug. So konnten die Benutzer der Treppe nicht genau sehen, wer den Fahrstuhl benutzte und umgekehrt.

Die Gestapo-Zentrale war im Gebäude Neuer Wall 88, 3. Stock. Aber das KzbV befand sich damals noch in den Hohen Bleichen (heute Stadthausbrücke 12).

Hierher wurde ich zuerst geführt und verhört. Hauptsächlich wurde nach Namen von politischen Freunden gefragt. Zwischendurch gab es Schläge bis zur Bewußtlosigkeit (heute noch spürbare Schädelverletzungen). Fast besinnungslos wurde ich schließlich wieder nach Hause geschickt mit der strikten Anweisung, bei Fragen zu erzählen, ich sei betrunken in eine Schlägerei verwickelt worden. Auch der jüdische Arzt am Großneumarkt, der meine Jochbeinbrüche behandelte, riet mir, besser den Mund zu halten.

Nach der Genesung fing ich wieder an zu arbeiten, auch politisch. Ich habe Zeitungen (Hamburger Echo, Tribunal, Hamburger Volkszeitung) von Bekannten aus den Hafengebieten bekommen und weiterverteilt. Wenn keine Zeitungen kamen,



habe ich selbst welche hergestellt. (Ein solches Exemplar ist heute in der Thälmann-Gedenkstätte, Tarpenbekstraße, ausgestellt.)

Anfang Mai 1934 wurde ich dann erneut verhaftet und ins Stadthaus eingeliefert. Über den Haupteingang wurde ich bis in den vierten Stock gebracht und dann in den Spiegelsaal im Gebäude Neuer Wall 88 im dritten Stock geführt. Hier mußten wir (mehrere Gefangene) mit dem Gesicht zur Wand still stehen und warten (oft mehrere Stunden), bis wir zum Verhör geführt wurden. Bei der geringsten Bewegung gab es Schläge. (An zwei Namen vom Gestapopersonal erinnere ich mich noch: Steiger und Behlmann.)

Da ich diesmal von politischen Freunden aus Altona, deren Geständnisse man durch Schläge und Folter erpreßt hatte, verraten worden war, wurde ich schließlich in Ketten gelegt und nach Altona (preußisch) in die Herthastraße verlegt.

Inzwischen hatte man bei mir zu Hause die Wohnung bereits durchsucht und das Abziehgerät sowie die Schreibmaschine gefunden. Nach einem halben Jahr Untersuchungshaft wurde ich dann nach Berlin verlegt und vor dem Kammergericht wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die restlichen eineinhalb Jahre saß ich in Braunschweig ab.

Ich kam dann im Mai 1936 zurück nach Hamburg. Dort mußte ich mich sofort bei der Gestapo melden und stand dann unter Polizeiaufsicht (das heißt, von 19 bis 6 Uhr nicht ohne Erlaubnis außer Haus, Abgabe von Wohnungs- und Hausschlüsseln, ständige unangemeldete Kontrollen). Ich eröffnete mein Friseurgeschäft in der Peterstraße wieder und begann sehr vorsichtig mit neuer politischer Arbeit. Über Kunden habe ich Informationen weitergegeben und Gelder für Gefangene gesammelt.

Im Mai 1938 wurde ich dann erneut verhaftet. Am Tag vorher hatten sie meine Verlobte abgeholt und nach Fuhlsbüttel gebracht. Sie hatte angeblich alles erzählt. Aber im Grunde wußte sie nur sehr wenig. Wieder wurde ich über den Haupteingang an der Stadthausbrücke in den Spiegelsaal gebracht und dort auch meiner Verlobten gegenübergestellt. Gleichzeitig hatten sie auch meinen Bruder und Heinrich Furtkamp verhaftet. H. Furtkamp verstarb in Haft angeblich

an Lungenentzündung, wurde aber merkwürdigerweise nie wieder, auch nicht als Anklagezeuge gegen mich erwähnt. Mein Bruder hatte mich unter Schlägen und Folter mit seinen Aussagen schwer belastet und versuchte später, sich in der Zelle zu erhängen. Sie hatten ihn in Fuhlsbüttel besonders hart mißhandelt, weil sie ihn mit mir verwechselten.

Nach den Verhören wurden wir Häftlinge abends nach Fuhlsbüttel und dann in den nächsten Tagen erneut ins Stadthaus gebracht (man wußte nie genau, wann man wieder geholt wird). Wir wurden dann über den Gestapohof, den Seufzergang in die Zellen im Keller oder den Spiegelsaal geführt. Diesmal wurde ich vor dem 3. Strafsenat des Volksgerichtshofes erneut wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« angeklagt. Ein Staatsanwalt, der mich wohl mochte, verhalf mir jedoch zum Freispruch. Am 13. Februar 1939 wurde ich entlassen. Ich durfte nach Hause, wenn auch wieder unter Polizeiaufsicht. Befreundete Handwerker halfen mir, ein neues Friseurgeschäft an den Kohlhöfen einzurichten.

Am 30. September 1939 wurde ich morgens um 6 Uhr erneut ins Stadthaus gebracht. Der Beruf »Friseur« wurde aus meinen Papieren gestrichen, und ich mußte in mehreren staatspolitischen Betrieben arbeiten (Eidelstedt, Wilhelmsburg).

Im September 1942 wurde ich dann vor die Wahl gestellt »Soldat oder Konzentrationslager«.

Im Oktober kam ich in den Tropendienst des Bewährungsbataillons 999. Die Flucht zu französischen Fremdenlegionären, wo ich dann offiziell als Strafgefangener geführt wurde, aber in Wirklichkeit Helfer bei der Ordonnanz war, rettete mich vor dem Tod. Viele Soldaten des Bewährungsbataillons kamen noch kurz vor Kriegsende ums Leben.

Heinrich Braune

Gründer und erster Herausgeber der Hamburger Morgenpost

Eigener Bericht

Die Verhaftungen fanden regelmäßig nachts statt, meistens so gegen drei und vier Uhr. Sie wurden von der Polizei durchgeführt, meistens durch neu eingestellte NS-Kräfte. Die Verhafteten wurden entweder ins Untersuchungsgefängnis oder ins Stadthaus gebracht. Bei meiner ersten Verhaftung kam ich in eine Einzelzelle im Untergeschoß. Immer wieder wurden Leute herausgeholt und entweder dort verprügelt oder ins Stadthaus gebracht. Ich wurde später auf den Boden verlegt zu etwa 150 anderen sogenannten »Schutzhäftlingen«. Mit Ausnahme weniger Kommunisten waren das alles Sozialdemokraten, darunter Karl Meitmann, Gustav Dahrendorf und andere. Die wurden einzeln dort herausgeholt, mei-

stens ins Stadthaus gebracht und dort zusammengeschlagen. Das geschah meist mit Ochsenziemern, und viele kamen mit Nierenbluten zurück und mußten ins Lazarett. Auch im Gesicht und am übrigen Körper waren sie völlig zerschunden. Das war bereits im Mai/Juni 1933. Zu der Zeit verlief alles noch ziemlich »irregulär«, und viele glaubten noch, nach sechs Wochen würde der ganze Spuk vorbei sein.

Ich wurde dann später im November 1933 noch einmal verhaftet. Inzwischen war die Sache aber perfektioniert worden. Da hieß es »Nachtverhaftung«, und ich kam in den Keller des Stadthauses. Ich bin mit einem geschlossenen Wagen vom Neuen Wall aus in den Hof gefahren worden. Im Keller stand außer zwei Bänken nichts. Da mußte man sich zum Schlafen auf den Boden legen und wurde auch sonst nicht versorgt. Nur Wasser konnten wir uns besorgen. Herausgeholt wurden wir nach unterschiedlich langer Zeit: einige schon nach zwei Stunden, andere später. Ich blieb vierundzwanzig Stunden und hatte eben Pech. Ich wurde dann mit dem Fahrstuhl in den obersten Stock gebracht. Hier saß die Gestapo und führte die Verhöre durch. Die Mischung war sehr merkwürdig: normale Polizeibeamte saßen dort zusammen mit politischen Beamten der Gestapo. Meine Personalien wurden von einem Polizisten der alten Regie-

zung aufgenommen, von Walter Groth — der stand uns Sozialdemokraten persönlich sehr nahe. Dadurch habe ich dann auch was zu essen gekriegt; der Groth sagte zu mir: »Augenblick, du kriegst mein Frühstück.« Und das hat er mir dann gegeben.

Ich habe ja schon erzählt, daß die Leute aus dem Stadthaus ziemlich kaputtgeschlagen wieder ins Untergeschoß zurück kamen; ich aber wurde völlig anders behandelt. Wieso, hab' ich erst sehr viel später herausgekriegt. Mich haben sie nur verhört, vier-, fünfmal, meistens mehrere Stunden, immer mit denselben Fragen, damit man bei der Wiederholung eventuell ungenau wurde.

Dann wurde ich mit dem Wagen nach Fuhlsbüttel ins KZ gebracht. Sie haben mich fast völlig verschont. Es ging um einen Mann namens Meier, einen jüdi-



schen Mitbürger. Den hatten wir nach England gebracht. Ich habe mehrere Leute nach England geschleust, über die HAPAG, bei der ich Verbindungsleute hatte. Und der Meier, das dumme Luder, macht in England sofort eine Pressekonferenz und nennt da auch meinen Namen! Ich hatte ihn nicht direkt rausgebracht, sondern auf dem Umweg über Dänemark, wo wir einen Verbindungsmann hatten, den ehemaligen Distriktvorsitzenden von Hohenfelde, Auhaugen, der dorthin ausgewandert war.

Ich habe erst Ende 1948 erfahren, warum ich so vorsichtig behandelt und wieder freigelassen wurde. Ich kam damals aus russischer Gefangenschaft zurück und traf Karl Breuer, der seinerzeit Chef der Kriminalpolizei war. Der sagte mir: »Du bist doch im Fall Meier wegen des Verdachts des Landesverrats verhaftet worden. Ich bin im selben Fall auch verhaftet worden.« Breuer gehörte damals zur illegalen »Kinderfreunde«-Organisation.

Die schleusten ebenfalls Flüchtlinge nach Dänemark. Nun hatte ich mir bei meiner Verhaftung eine Ausrede für die Gestapo zurechtgelegt, mit der sie mir nichts anhaben konnte. Und Karl Breuer erzählte mir 1948, daß er sich genau dieselbe Geschichte erdacht hatte. Da haben sie sich gesagt: Die können voneinander nichts wissen, daher muß die Sache anders laufen. Wir werden

sie erst mal behalten und nach der Freilassung mindestens ein Jahr beobachten, um die Verbindung nach Dänemark herauszufinden. Nach den Verhören im Stadthaus haben sie mich zunächst also nach Fuhlsbüttel gebracht. Dort haben sie mir die Zähne ausgeschlagen. Sie haben mich dann mit Zuhältern zusammengelegt. Das hat mir später sehr geholfen; denn durch sie habe ich nach meiner Entlassung auf St. Pauli Unterkunft gefunden. Die Zähne hat mir ein Bewacher von der Marine-SA mit dem Zellen-schlüssel ausgeschlagen, und zwar die Backenzähne. In Fuhlsbüttel ist auch sehr viel passiert. Ich habe unter anderem erlebt, wie Dr. Fritz Solmitz sich umbrachte, der politische Redakteur des Lübecker Volksblattes und Vertreter von Julius Leber. Nach der Freilassung mußte ich mich dann ein Dreivierteljahr lang bei der Polizei melden und wurde beobachtet. Ich durfte daher keinen meiner politischen Freunde treffen, weil der sofort verhaftet worden wäre. Damals wäre ich beinahe verhungert, denn ich bekam 11,80 Mark Arbeitslosenunterstützung und das bei einer Zimmermiete von 30 Mark! — Während meiner Haft im Untersuchungsgefängnis haben sich zwei Frauen um mich gekümmert, zwei Genossinnen. Dafür haben sie mich noch mal extra zusammengeschlagen mit den Worten: »Bigamist bist du Schwein auch noch!« — Aber

das berühmte »Loch nach Dänemark« haben sie trotz allem nicht rausgekriegt!

Herbert Lüth

Die Verhaftung meines
Bruders Herbert*
Bericht von Erich Lüth

Da die Nationalsozialisten das Prinzip der Sippenhaft anwendeten, wurde meine ganze Familie 1934 doppelt und dreifach mißliebig.

Mein Bruder Herbert wurde am 31. Januar 1934 aus seiner Buchhandlung in der Wandsbeker Chaussee heraus verhaftet und zunächst in das Gestapo-Hauptquartier im Stadthaus und bald danach in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel (Kolafu) eingeliefert. Auch meine Schwester Margarita zog für 24 Stunden die gestreiften Kleider der Schutzhäftlinge an. Man hatte ihr höhnisch verkündet: »Hier werden Sie lange bleiben.«

Auch mein Vater sowie meine Brüder Dr. Walter und Otto Lüth wurden der Gestapo zur Vernehmung vorgeführt.

Neben meine Mutter, die nach einer wegen schwerer Diabetes erfolgten Beinamputation bewegungslos im Krankenbett lag, setzte sich ein Gestapo-Beamter,

* Bericht der Verhaftung von Herbert Lüth 1934 aus Erich Lüth: »Viele Steine lagen am Weg«, 1966

der zu verhindern suchte, daß meine Mutter verdächtige Familienangehörige telefonisch warnte. Der einzige, der von dieser Verhaftungswelle wider Erwarten nicht erfaßt wurde, war ich. Meine Frau empfing mich bei meiner Rückkehr von einer Berlin-Reise fassungslos mit der Bemerkung: »Du bist nicht verhaftet?« Sie berichtete kreideweiß und den Tränen nahe: »Alle sind abgeholt worden.«

Was war geschehen? In der Buchhandlung meines Bruders Herbert waren auf seiner Schreibmaschine Matrizen für illegale Flugblätter geschrieben und von Angehörigen einer Widerstandsgruppe abgeholt worden. Die Gestapo hatte über die Herstellerfirma nach Schriftproben die Nummer seiner Schreibmaschine ermittelt und über den Büromaschinenhändler seine Anschrift ausfindig gemacht.

Margarita hatte mit einer Freundin unserer Familie namens Asmussen korrespondiert. Auch sie stand mit der gleichen Widerstandsgruppe in Kontakt. Asta Asmussen, die, bevor sie Buchhändlerin wurde, auch als Oratoriensängerin gewirkt hatte, war zeitweilig in Herberts Buchhandlung tätig gewesen und hatte dann in einer Kieler Buchhandlung eine neue Stelle übernommen.

Durch Folterungen hatte man von ihr die Namen anderer Mitglieder der Widerstandsgruppe zu erfahren versucht. Vergeblich. Dann hatte man sie in ihre Woh-

nung entlassen, hoffend, daß sie dort von Widerstandskämpfern aufgesucht werden würde, die man abfangen wollte. In ihrer Verzweiflung hatte die Asmussen sich vom dritten Stock ins Treppenhaus gestürzt und war sofort tot. Sie opferte sich, konnte aber die Verhaftung anderer Mitglieder dieser Gruppe nicht mehr verhindern.

Auch in meinem Bruder Otto, der das väterliche Lebensmittelgeschäft führte, vermutete man den Empfänger größerer Flugblattsendungen.

Da sich die beschlagnahmte Korrespondenz meiner Schwester mit der Buchhändlerin Asmussen als einwandfrei erwies, wurde Margarita, die schon Todesängste ausgestanden hatte, nach 24 Stunden wider Erwarten auf freien Fuß gesetzt. Die unter Stichwort reisenden Geheimsendungen an meinen Bruder Otto stellten sich als Warensendungen einer bekannten Feinkostfabrik in Hannover heraus. Durch diese Feststellung waren er, mein Vater und mein Bruder Walter außer Tatverdacht. Herbert hingegen war der Beihilfe zum Landesverrat dringend verdächtig. Er wurde wegen Verletzung des Heimtückegesetzes angeklagt.

Noch war es damals möglich, Schutzhäftlingen einen Rechtsbeistand zu stellen. Wir wählten als Strafverteidiger für ihn den Sozius des deutschen Anwaltsführers, denn wir nahmen an, daß diese Anwaltsfirma leichter Zugang zur Gestapo finden wür-

de, in deren Händen Herbert sich befand.

Über seinen Rechtsbeistand erfuhr ich, daß man Herbert in einigen Fragen mit mir identifizierte. Auch hatte man seinen Namen in der von mir eingerichteten und von Erika Streithorst geführten Mitgliederkartei der durch ihre Militanz so unliebsam aufgefallenen Jungdemokraten entdeckt.

Da ich hoffte, meinen Bruder wenigstens in einigen Fragen entlasten zu können, stellte ich mich freiwillig der Gestapo zur Verfügung. Ich war ins Stadthaus gegangen und in das Obergeschoß verwiesen worden. Auch hier hatte ich eine eiserne Gittertür zu passieren und fand mich in einem großen Büro mit vier Schreibtischen.

Als ich den Blick durch den Raum schweifen ließ, bekam ich einen Schock. An den Wänden standen Männer mit dem Gesicht zur Wand. Einige Sekunden war ich ratlos. Denn es erschien mir albern, an die Wand gestellt zu werden und mit der Nase den Putz zu berühren. Wie bitter ernst die Situation dieser Männer war, erfuhr ich, als einer von ihnen sich bewegte und sofort angebrüllt wurde. Jetzt erfaßte ich, daß diese Männer Schutzhäftlinge waren, die auf ihre Vernehmung warteten und denen die Vernehmungsbeamten zu erkennen geben wollten, wie verachtenswert sie seien.

Als ich bekundete, meinen Bruder entlasten zu wollen, fiel man

mir barsch ins Wort und erklärte mir, Herbert sei aller seiner Lügen bereits überführt. Ich könne nicht bestreiten, daß er gelogen habe. Alle meine Bemühungen seien Finten. Er habe bereits gestanden. Und damit basta. Schluß. Aus. Ich möge mich zum Teufel scheren.

Tatsächlich hatte er nach längerer Dunkelhaft ein ihm vorgelegtes Geständnis unterschrieben, nur um Folterungen zu entgehen. Das hatte er wenigstens erreicht. Jetzt bemühten wir uns, seinen Fall aus einem Massenprozeß herauszulösen. Auch das glückte. Der Geschicklichkeit seines persönlichen Verhaltens im Prozeß und der Geschicklichkeit seines Anwalts gelang es, daß er zu einer relativ milden Gefängnisstrafe von acht Monaten wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz verurteilt wurde. Nun erfolgte seine Verlegung aus dem Kolafu in das reguläre Gefängnis Fuhlsbüttel. Dort aber wußte ich noch einige alte Beamte aus der Amtszeit des Gefängnisdirektors Christian Koch, meines früheren Fraktionsfreundes. Ich suchte einen dieser Beamten zu erreichen. Auch das gelang. In einem vertrauensvollen Gespräch gab ich zu erkennen, daß mein Bruder Buchhändler sei, woraufhin der Beamte die Möglichkeit eröffnete, Herbert in die Gefängnisbibliothek zu versetzen. Mein Vorschlag war, nach erfolgter Versetzung eine Bücherspende überreichen zu dürfen. Ich bot

mich an, das Bücherpaket selber dort anzuliefern. Der Beamte, dessen Name mir entfallen ist, willigte ein und bereitete alles vor. Ich kehrte zur vereinbarten Stunde nach Fuhlsbüttel zurück. Das Tor öffnete sich. Dann erstieg ich die mir bekannten Treppen, durchquerte die mir aus der Zeit Christian Kochs vertrauten Flure und stand in der mir von früheren Besichtigungen bekannten Bibliothek meinem Bruder gegenüber.

Ich kann heute nicht sagen, ob es ein gewagtes Unternehmen war. Wichtig war nur, daß es glückte. Und es war geglückt. Ein Gefangener, der mein Bruder war und an dessen Stelle ich selber nur zu leicht hätte sein können, war getröstet. Ich weiß heute auch nicht mehr, was wir miteinander gesprochen haben. Ich brachte ihm Grüße der Eltern, aller seiner Freunde und Geschwister sowie seiner tapferen Frau Katja von der Becke.

Katharina Corleis

Meine Frau —
Bericht von Friedrich Corleis*

Meine Frau Katharina Corleis, geborene Engelke, geboren am 15. Dezember 1877 in Groß-

* aus Frauen im Widerstand —
Hamburger Sozialdemokratinnen berichten

Fredenbek bei Stade, wurde am 19. Juni 1935 morgens um 4 Uhr durch die Gestapo verhaftet. Der Verhaftungsgrund wurde ihr nicht mitgeteilt. Da sie mutig gegen ihre Verhaftung Einspruch erhob, wurde sie in der Wohnung in meiner Gegenwart angepöbelt. Es wurde ihr gesagt, sie müsse wissen, was sie auf dem Kerbholz habe, denn sie bekleidete in der verbotenen SPD einen wichtigen Posten, sie sei im Besitze von illegalen Schriften und verteile diese trotz Verbots weiter. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß wir beide, meine Frau und ich, nur gewöhnliche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen sind. Meine Frau wurde zum Stadthaus und darauf ins Konzentrationslager Fuhlsbüttel überführt. Am 26. Juni 1935 bekam ich die Mitteilung, daß meine Frau sich angeblich in der Nacht zum 25. Juni 1935 in ihrer Zelle erhängt hätte. Zum 27. Juni wurde ich zum Stadthaus bestellt. Im Verlaufe der Gespräche mit einem Gestapo-Beamten wurde mir unter anderem mitgeteilt, daß meine Frau in einer größeren verbotenen SPD-Organisation verwickelt war, die seit Weihnachten 1934 von der Gestapo beobachtet worden wäre. Diese Kolonne hätte unausgesetzt Gelder für die SPD gesammelt, und daran hätte meine Frau maßgeblichen Anteil. Sie hätte also bestimmt ein schlechtes Gewissen gehabt und sich deshalb erhängt. Mir wurde dann eröffnet, daß

meine Frau nicht in Billstedt beerdigt werden könnte, damit keine Propaganda gemacht werden könnte. Die Verbrennung der Leiche fand im Krematorium in Ohlsdorf statt, bei der vorangegangenen Leichenschau durften wir nur von Ferne die Leiche betrachten. Uns wurde ausdrücklich das Nähertreten verboten. Die Asche wurde mir zur Beerdigung ausgeliefert, an der Beerdigung durfte kein Gefolge teilnehmen.

Zur Zeit ihrer Verhaftung war meine Frau 58 Jahre alt.

Walter Schenck

geboren 13. Januar 1907; Rentner

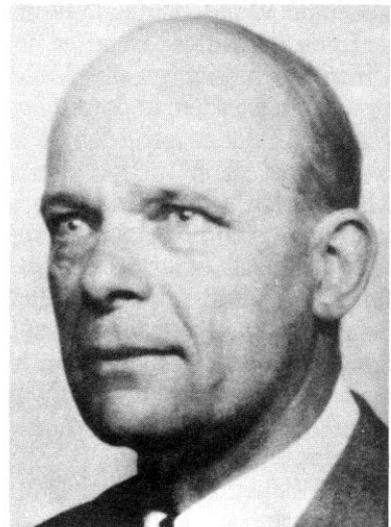
Eigener Bericht

Ich wohnte bei Kriegsausbruch 1939 »auf Zimmer«. Kurz vor Jahresende klingelte es morgens früh, und drei Gestapo-Beamte standen vor der Tür und sagten: »Sie müssen mitkommen!« Mein Zimmer wurde durchsucht, ich durfte nur den Mantel mitnehmen und mußte zur Stadthausbrücke mitfahren. Im Eingang stand ein SS-Mann. Ich wurde mit dem Fahrstuhl in den fünften Stock gebracht.

Man fragte mich nach einem Freund, der Vermessungsingenieur war, ob ich den kenne? Ich sagte, ja. Nun war dieser Freund verhaftet worden wegen Landesverrat, und ich wurde wegen Bei-

hilfe verhaftet. Der Grund hierfür bestand darin, daß wir uns im Dammtorbahnhof getroffen hatten, wobei er ohne mein Wissen einer dritten Person etwas übergab, was unter militärischer Geheimhaltung lag. Man sagte mir, dies hätte ich melden müssen. Ich habe gesagt: »Ich habe dem keine Bedeutung beigemessen.« Sie entgegneten mir, mein Freund habe dafür viel Geld bekommen. Dies wiederum habe er benötigt, weil ich ihn wegen abfälliger Äußerungen über Hitler angeblich erpreßt hätte. So hat er es gesagt, und die Gestapo hat es geglaubt. Ich habe das natürlich abgestritten.

Daraufhin brachte mich ein Wagen ins KZ Fuhlsbüttel. Ich wurde in einer Einzelzelle im Erdgeschoß streng isoliert eingesperrt, bekam nichts zu lesen, keinen Anwalt und durfte auch meine Angehörigen nicht benachrichti-



gen. Zur Vernehmung wurde ich mit dem grünen Gefängniswagen ins Stadthaus abgeholt. Der Eingang lag im Hof Neuer Wall. Die Gefangenen wurden paarweise aneinandergesesselt. Wir sind durch verschiedene Gänge in den fünften Stock gekommen. Hier war ein Warteraum mit Bänken an der Wand. Dort haben wir alle auf die Vernehmung gewartet. Wir waren unter Bewachung und durften nicht miteinander sprechen. Wir warteten alle sehr lange. Ich selbst bin mehrfach verhört worden. Ich durfte einmal nicht mal austreten. Ich hätte fast in die Hose gemacht. Ich sollte eine Erpressung zugeben. Man hat mir vorgeworfen, daß ich gesagt hätte: »Ich möchte, daß Deutschland den Krieg verliert, und die Bonzen müßten hängen!« Das hatte ich zwar gesagt, mußte es aber bestreiten. Dies ging dann zum Volksgerichtshof. Die Einzelhaft war für mich eine schlimme Zeit.

Ich verlangte Gegenüberstellung mit meinem Freund. Diese fand statt, nachdem ich einige Monate gesessen hatte. Er sagte mir: »Für mich geht es um den Kopf, für dich beim Zugeben der Erpressung nur um ein Jahr Gefängnis.« Um ihn zu retten, hatte ich dann die Erpressung »zugegeben«. Ich tat das, weil er mein Freund war und weil ich nicht wollte, daß er als entschiedener Hitler-Gegner seinen Kopf verliert.

Ich hatte das Gefühl, die Gestapo war mit meinem Geständnis

zufrieden. Ich war bereit, ins Gefängnis zu gehen. Nach sechs Monaten Einzelhaft kam ich ins Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis. Die Staatsanwaltschaft war mit meiner Aussage aber nicht zufrieden, und ich mußte bis 1941 in Untersuchungshaft bleiben. Im Juni 1941 trat eine Wende ein, weil die Sache mit meinem Freund nicht unter Landesverrat fiel und er entlassen wurde. Daraufhin wurde ich auch entlassen.

Die Staatsanwälte waren für mich damals noch schlimmer als die Gestapo, obwohl ein Gestapo-Beamter mich auf »verschärfte Vernehmung« hinwies, falls ich nicht aussagen würde. Mir wurde auch angedroht, daß ich ins KZ Sachsenhausen kommen sollte. Im Keller des KZ Fuhlsbüttel sind viele Gefangene mit Rohrstöcken verprügelt worden.

Ich habe mir nach meinen Erlebnissen immer eine Gedenkstätte im Stadthaus gewünscht.

Herbert Dau

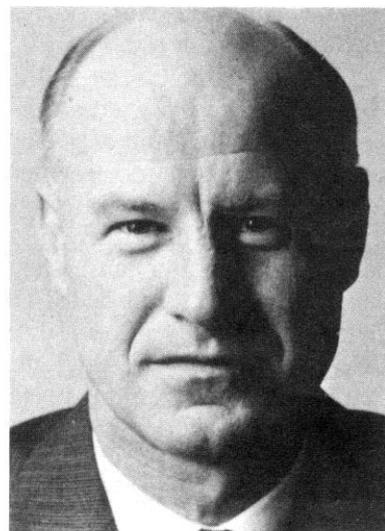
geboren 8. Dezember 1911;
Präsident der Hamburger
Bürgerschaft 1956 bis 1976

Eigener Bericht

Am 11. März 1935 wurde ich an meinem Arbeitsplatz in der »Volksfürsorge« verhaftet. Überraschend kam das für mich nicht,

weil mein Freund und politischer Weggefährte Helmut Weidt, mit dem ich in enger Zusammenarbeit seit Februar 1933 die illegale SPD in Rothenburgsort und auf der Veddel aufgebaut hatte, schon im Oktober 1934 mit vielen anderen politischen Freunden verhaftet worden war. Offiziell wurde die SPD zwar erst im Juni 1933 verboten, tatsächlich aber war schon seit Februar/März 1933 jede politische Betätigung im Sinne der Ziele der SPD verboten.

Im Stadthaus wurde ich in einem größeren Saal in Anwesenheit vieler Gestapo- und SA-Männer und politischer Häftlinge stundenlang vernommen. Unter Vorhalt von angeblichen Geständnissen meines Freundes Weidt, die mit der Wahrheit wenig zu tun hatten, sollte auch ich ein umfassendes Geständnis ablegen. Da ich dazu nicht bereit war,



wurde das Verhör mit dem Hinweis unterbrochen, ich könnte mir die Sache einen Tag lang in der Zelle überlegen und ich könne sicher sein, daß sie Mittel hätten, mich wie alle anderen zum Reden zu bringen.

Die erste Nacht verbrachte ich im Jugendgefängnis »Hütten«. Die Zellen im Stadthaus waren offenbar alle besetzt. Diesen Eindruck hatte ich auch bei späteren Übernachtungen im Keller des Stadthauses.

Da ich wußte, welche Foltermethoden im Stadthaus und im Konzentrationslager Fuhlsbüttel angewendet wurden, gab ich bei der Vernehmung im Stadthaus am 12. März 1935 zu, daß ich Flugblätter erhalten und einige davon auch weitergegeben hätte. Das genügte der Gestapo zwar nicht, aber ich wurde erst einmal nach Fuhlsbüttel in Einzelhaft abgeschoben. Dort — so wurde mir angedroht — würde man alles andere notfalls mit anderen Methoden von mir erfahren.

Der Zufall kam mir zu Hilfe. Helmut Weidt war Essensausteiler in Fuhlsbüttel, und es gelang ihm, mich in einem unbewachten Augenblick über seine Aussage stichwortartig zu informieren. Er hatte offenbar nur ausgesagt, daß ich ihm für Zwecke der SPD-Gefangenenhilfe einige Male Geld gegeben hatte. Auch die Beträge konnte er mir nennen. Dies habe ich bei den kommenden Vernehmungen der Gestapo gegenüber zugegeben, alles andere aber — von der Weitergabe

der Flugblätter abgesehen — bestritten. Ich wurde mehrfach bei Fortsetzung der Einzelhaft über drei Monate unter Androhung von »anderen Maßnahmen« zu Geständnissen gedrängt. Da aber meine Angaben offenbar mit denen von Helmut Weidt übereinstimmten, gab sich die Gestapo schließlich nach vielen weiteren Verhören zufrieden, ohne daß die Methoden des »verschärften Verhörs« bei mir angewandt wurden.

Im Juni 1935 wurde ich in das Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis verlegt; Gerichtstag war der 15. August 1935 vor dem Oberlandesgericht in Hamburg, das unter Vorsitz des berühmten Senatspräsidenten Dr. Roth tagte. Ich wurde von Dr. Wandschneider verteidigt. Für meine 13 Mitangeklagten war ein junger Pflichtverteidiger bestellt worden, der sich seine Sache sehr leichtgemacht hat.

Die Anklage lautete auf Vorbereitung zum Hochverrat. Dieser Vorwurf wurde im Laufe der Verhandlung fallengelassen. Es wurden aber alle wegen »Verbrechens gegen § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933«, das die Wiederherstellung verbotener Parteien unter Strafe stellte, zu 6 bis 24 Monaten Gefängnis verurteilt. Ich kam mit sechs Monaten davon.

Nach dem Urteil nahm die Gestapo mich wieder in Empfang, weil die Gefängnisstrafe von sechs Monaten unter die »Hindenburg-Amnestie« fiel. Nach

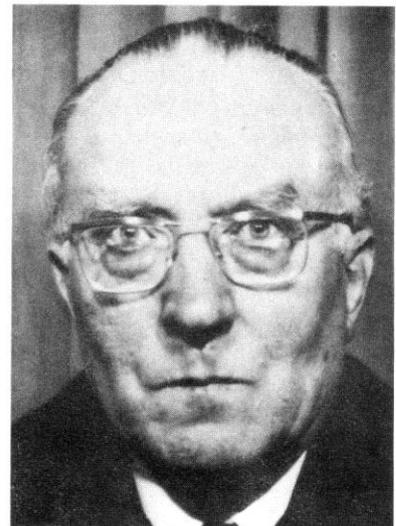
einer Woche weiterer Einzelhaft im Stadthaus wurde ich am 22. August 1935 entlassen.

Dr. Hans Harder

Präsident des
Rechnungshofs i. R.

Eigener Bericht

Ich bin als junger Rechtsanwalt nach einer Englandreise im Jahre 1935 einmal zur Vernehmung über den Zweck meiner Reise zur Polizei ins Stadthaus bestellt worden. Die Vernehmung dauerte etwa eine Viertelstunde, danach ließ man mich gehen. Unheimlich war mir, daß ich auf dem Flur und auch im Vernehmungszimmer Menschen mit dem Gesicht zur Wand stehen sah.



**TOTENLISTE
HAMBURGER WIDERSTANDSKÄMPFER
UND
VERFOLGTER
1933 - 1945**

Herausgeber: Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten e. V. (VAN)
Hamburg 1968

Auszug aus der insgesamt 1917 Namen umfassenden Totenliste mit den Namen der beiden im Stadthaus Ermordeten

BRUHN, LIESBETH * 26. 12. 94, Lunden/Holst.	KPD	▽ „VzH“ BJA-Gruppe	† 14. 2. 44	KZ Neuengamme gehentk (Ehrenhain)
BRUHN, WALDEMAR	KPD	▽ „VzH“		BB 999 gefallen
BRUHNSSEN, LUDWIG	KPD	▽	† 5. 2. 45	AEL Wilhelmsburg
BRUJER, MAJLOZ	KPD	▽ polit./rass.		KZ Auschwitz
BRUJER, RIFKA	KPD	▽ polit./rass.		KZ Auschwitz
BUBANOWITSCH, JOH.		▽ rass.	† 10. 6. 41	KZ Sachsenhausen
BUBERNICK, ARTHUR * 22. 3. 05		▽ rass.	† 27. 4. 43	KZ Auschwitz
BUCH, WILHELM * 31. 7. 81, Dreher	KPD RFB DMV	▽ „VzH“	† 24. 3. 43	KZ Neuengamme
BUCHHALTER, BENJAM.		▽ rass.	† Mai 1940	KZ Sachsenhausen
BUCHHOLZ, ADELE		▽ „LV“		KZ Ravensbrück
BUCHHOLZ, WILHELM * 16. 9. 88		▽	† 12. 2. 45	AEL Wilhelmsburg umgekommen
BUCHMÜLLER, ALBERT		▽	† Febr. 1942	AK Hannover umge- kommen
BUDA	KPD	▽ „Heimtücke“		KZ Auschwitz
BUTTNER, ALBERT		▽	† 25. 2. 45	KZ Dachau
BUHK, FERDINAND * 2. 11. 09	KJVD	▽	† Okt. 1934	KZ Fuhlsbüttel
BUNGE, PAUL * 15. 6. 04	SPD	▽ „VzH“	† 1. 5. 42	an Haftfolgen
BUNGE, WALTER * 28. 2. 98, Halle/S. Süßmøster, Gemeinde- vertreter KPD in Rahlstedt	KPD; Vorstand IBKH	▽ „VzH“ „Wkrz.“	† 27. 11. 44	Z. Brandenburg hinge- richtet (Ehrenhain)
BURGMÜLLER, FRITZ		▽	† 1939	KZ Sachsenhausen
BURMEISTER, HERBERT * 4. 10. 16		▽ „LV“	† 11. 9. 44	UG Hamburg hingerichtet
BURMESTER, CARL * 12. 3. 01	KPD Einheitsvbd. d. Seeleute	▽ Schutzhaft „VzH“	† 17. 9. 34	in den Tod getrieben (Stadthaus)
BURNELEIT, ERNST * 9. 12. 00	KPD	▽ „Heimtücke“		KZ Neuengamme

SCHONEN, HEINRICH v., * 25. 10. 14	Jung- banner RB	▽	† 23. 8. 43	KZ Neuengamme
SCHONFELD, RICHARD sen., * 4. 11. 85	KPD	▽ „Wkrz.“ EH-Gruppe	† 18. 1. 45	KZ Neuengamme
SCHONHERR, ARTHUR	KPD	▽ „VzH“	† 1933	Kolafu ermordet
SCHONHERR, GUSTAV * Mai 1885, Arbeiter	RFB	▽ „VzH“	† 17. 4. 33	im Stadthaus nach Folter aus dem 5. Stock gesprungen
SCHONING, HERBERT * 13. 8. 11 Keramikingenieur		▽ 20. Juli 44 Rüstungs- Sabotage	† 20. 10. 44	Berlin von der Gestapo ermordet
SCHONMANN, GERTRUD		▽ rass.	† 8. 3. 40	umgekommen
SCHONMANN, MORITZ		▽ rass.		umgekommen
SCHOLZ, ELFRIEDE * 25. 3. 03		▽ „Wkrz.“	† 16. 12. 43	Z. Plötzensee hingerichtet
SCHOLZ, ALBERT von * 1915	KJVD	▽ „VzH“		Bewährungseinheit gefallen
SCHOYKE, FAMILIE (4 Personen)		▽ rass.		auf Transport umge- kommen
SCHRADER, EMIL * 4. 1. 02		▽	† 1944/45	Fuhlsbüttel Gestapohaft umgekommen
SCHREIBER, ALBERT * 17. 4. 15	KPD	▽ Spanien- kämpfer	† 29. 7. 38	am Ebro bei Corbera gefallen
SCHREIBER, BERNHARD * 8. 11. 14, Friseur		▽ „VzH“	† 9. 5. 44	BB 999 gefallen
SCHRODER, ADOLF * 6. 1. 85, Metallarbeiter	SPD	▽ „VzH“ BJA-Gruppe	† 18. 1. 45	KZ Neuengamme
SCHRODER, ERICH * 3. 1. 05	KPD	▽ „VzH“	† 18. 8. 44	BB 999 gefallen
SCHRODER, FRIEDRICH	Freimaurer	▽ polit.	† Juni 1943	KZ Dachau
SCHRODER, HEINRICH	KPD	▽ „VzH“ KdF-Gruppe	† 23. 4. 45	KZ Neuengamme gehenkt
SCHRODER, WILHELM		▽ Auslandssen- sender hören	† 16. 3. 44	Z. Hameln umgekommen
SCHUBERT, FRIEDRICH * 2. 12. 93		▽ rass.	† 15. 2. 43	Rövehof/Polen erschossen
SCHUCHARDT, KURT * 28. 9. 00	KPD	▽ „VzH“	† 29. 11. 44	BB 999 gefallen

Auszug aus: Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, herausgegeben und kommentiert von Henning Timpke, Europäische Verlagsanstalt

DER REICHSTATTHALTER AN DEN FÜHRER DES KOMMANDOS Z. B. V.

Der Reichstatthalter

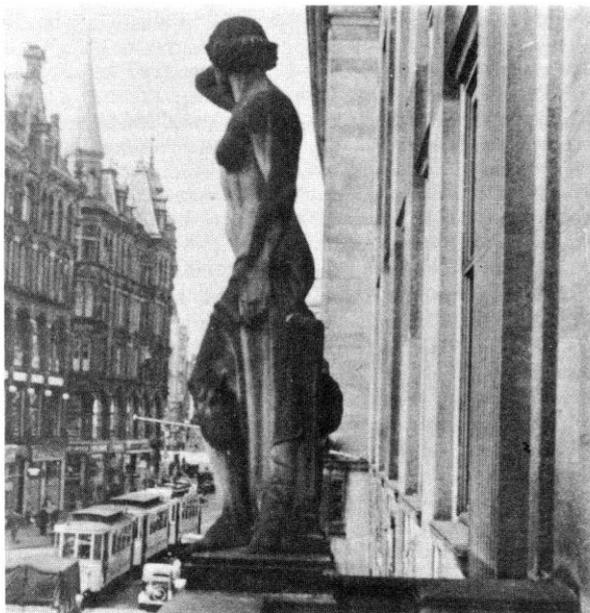
Herrn Polizeioberleutnant Kosa,
Führer des Kommandos z. b. V.

Mit besonderer Befriedigung habe ich den Bericht über die letzte erfolgreiche Arbeit des Kommandos z. b. V. zur Kenntnis genommen. Der dem Kommando z. b. V. gestellten schwierigen Aufgabe haben Sie sich sogleich nach der Auftragserteilung mit der größten Umsicht und in der aufopferndsten Weise gewidmet, so daß es wesentlich Ihrer Tatkraft und Entschlossenheit zu danken ist, wenn die bisherige Arbeit des Kommandos zu einer entscheidenden Niederringung des Marxismus in Hamburg beigetragen hat. Ich nehme deshalb gern Veranlassung, Ihnen für Ihre in größter Pflichttreue geleistete wertvolle Arbeit im Dienste des hamburgischen Staates meinen besonderen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Ich bitte Sie, meinen Dank und meine Anerkennung auch jedem einzelnen Beamten Ihres Kommandos zu übermitteln.

gez. Karl Kaufmann

Hamburg, den 21. Juli 1933

Dokument Nr. 39: Staatsarchiv – Senatskanzlei / Präsidialabteilung 1933 A 94.



Stadthausbrücke mit Gestapo-Hauptquartier (rechts)

ZUSAMMENSTELLUNG:
GEFANGENE IN DEN HAMBURGISCHEN ANSTALTEN

	Hamburger Gefangenen- anstalten ¹⁾	Lager Fuhls- büttel ¹⁾	Wittmoor ²⁾	Ver- haftungen ³⁾
1933				
März	2277	48	–	552
April	3068	478	20	763
Mai	3143	571	100	435
Juni	3281	623	100	244
Juli	3429	579	110	407
August	3397	414	124	197
September	3838	479	140	123
Oktober	4233	732	110	320
November	3585	820	–	280
Dezember	3401	725	–	103
1934				
Januar	3763	608		101
Februar	3910	569		279
März	3779	500		71
April	4210	72		87
Mai	4154	65		88
Juni	4242	279		186
Juli	4319	220		201
August	3649	379		224

¹⁾ Zahlenangaben jeweils vom Monatsende. Archiv der Landesjustizverwaltung XVI Be 1 Vol. 2.

²⁾ Die Zahlen für Juni, Juli und September 1933 wurden aus der Anzahl der Essenportionen errechnet.

³⁾ Monatliche Festnahmen politischer Schutzhäftlinge durch die Staatspolizei Hamburg. Anlage zu Dokument Nr. 68.



SS-Standarte »Hamburg« auf dem Loigny-Platz/Mittelweg

Auszug aus: Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, herausgegeben und kommentiert von Henning Timpke, Europäische Verlagsanstalt

DIE STAATSPOLIZEI AN DEN GENERALSTAATSWALT.
ANONYMES RUNDSCHREIBEN ÜBER DIE BEHANDLUNG
DER SCHUTZHÄFTLICHE

Die Polizeibehörde Hamburg.
Tgb. Nr.

Hamburg 36, den 7. Februar 1934
Neuerwall 88

Herrn

Generalstaatsanwalt Dr. Drescher.

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Das mir vor einigen Tagen zur Kenntnisnahme eingesandte Flugblatt reiche ich Ihnen in der Anlage mit Dank zurück.

Inzwischen ist dasselbe Flugblatt von einer ganzen Reihe von Rechtsanwälten und Pastoren hier eingesandt worden, sodaß daraus zu schließen ist, daß das Blatt an alle Hamburger Rechtsanwälte und Pastoren versandt wurde.¹⁾

Mit Heil Hitler
Ihr ergebener
(gez.) Streckenbach.

Liebe deutsche Volksgenossen.

Die Zustände im heutigen Deutschland verhindern, dass das deutsche Volk über die wirklichen Vorgänge unterrichtet wird.

Wir bitten Sie, aufmerksam nachfolgende *wahre* Schilderung zu lesen. Sie ersehen daraus, wie nach der sogenannten nationalen Revolution deutsche Männer behandelt werden, wie man sich nicht scheut, selbst die christliche Kirche als Schutzschild für diese sogenannten *nationalen Taten* zu benutzen.

Protestieren Sie mit uns gegen solche Zustände, da sonst unser liebes Vaterland unweigerlich dem Chaos und der Gottlosigkeit verfallen muss.

.O.

Vorgang der Verhaftung.

Das K.z.b.V. erscheint in der Wohnung. Der Gesuchte wird mitgenommen und in einem auf der Strasse stehenden Auto nach den Grossen Bleichen gebracht. Sobald er in den Räumen ist, beginnen die ersten Misshandlungen. Von fast jedem wird er in irgendeiner Weise getreten oder geschlagen. Dies alles, bevor überhaupt irgendeine Vernehmung stattgefunden hat. Vom ersten Augenblick an muss man in den Räumen mit dem Gesicht zur Wand stehen. Es ist deshalb auch schwer möglich, Personen zu sehen oder wiederzuerkennen. Dann geht es in den

Dokument Nr. 58: Archiv des Oberstaatsanwalts 461 a.

¹⁾ Sowohl dieses anonyme Rundschreiben als auch ein unter falschem Namen geschriebener Brief an die Gattin des Regierenden Bürgermeisters vom 2. Dezember 1933 und ein weiteres anonymes Schreiben vom 18. Juli 1934, in dem auf die Todesfälle kommunistischer Funktionäre in Hamburg hingewiesen wurde, sind ein Beweis dafür, wie groß der Personenkreis war, der auf diese Weise 1933/34 von den Vorgängen beim Kommando z. b. V. und im Konzentrationslager Fuhlsbüttel Kenntnis erhielt. So heißt es in der Stellungnahme des Präsidenten des Strafvollzugsamts vom 24. August 1934 zu dem letztgenannten Rundschreiben: »Es ist mir persönlich schon vor einiger Zeit das gleiche anonyme Schreiben zugegangen. Auch ist mir bekannt geworden, daß es sich hierbei um ein Rundschreiben handelt, welches an eine große Anzahl von Staatsanwälten, Geistlichen, Rechtsanwälten und sonstigen angesehenen Leuten gesandt worden ist.« Gefängnisbehörde – Strafvollzugsamt 3/134.

nach hinten befindlichen grossen Raum. Hier findet die erste Vernehmung statt. Im Raum hängen die verschiedensten Inschriften, z. B. »bitte Ruhe«, »bitte freundlich«, »hier herrscht Ordnung« und dergleichen. Die Vernehmung beginnt damit, dass ein SA-Mann auf dem Wege nach dem Zimmer durch Tritte in das Gesäss die nötige Vorarbeit leistet. Im Zimmer selbst wird man von mehreren jungen Leuten sofort mit Schlägen empfangen. Hat die Vernehmung nicht den gewünschten Erfolg, geht es in das von SA-Leuten als Folterkammer bezeichnete Zimmer, SPD und KPD haben je ein Zimmer für sich. In jedem Zimmer hängen die Symbole der jeweiligen Partei. Im Zimmer der KPD hängt Lenin. Eins der beliebtesten Mittel im Zimmer der KPD ist es, den Gefangenen zu fragen, wer das Bild sei. In unmenschlicher Weise schlägt man sie, bis sie endlich erfahren, dass die richtige Antwort lautet: »das ist ein Jude.« In diesem Zimmer nimmt ein Mann die Vernehmung vor. 3–4 andere stehen dabei mit einem sogenannten Ochsenziemer. Das ist ein Instrument von ca. 1½ m Länge, es ist ein Stück Leder, das mit einer ca. 2 mm dicken Gummihülle überzogen ist und darüber ist dann wieder Leder gezogen. Der Vernehmende beteiligt sich sehr selten an den Misshandlungen. Hat die Vernehmung nicht den gewünschten Erfolg, d. h. will oder kann der Gefangene keine gewünschten Aussagen machen, fallen die anderen über ihn her. Man zieht ihn über einen Bock und misshandelt ihn auf das fürchterlichste mit den Ochsenziemern. Schreien ist meistens nicht möglich, da über das Gesicht oder den Mund ein Handtuch gebunden wird. Einer dieser Männer heißt *Weber*, ein anderer wurde mit *Schlachter*¹⁾ angeredet. Diese Misshandlung wiederholt sich 3–4 Mal. Wird einer ohnmächtig, gibt man ihm eine Zigarette und ein Glas Wasser, um nach seiner Erholung sofort wieder zu beginnen. Dieselbe Form der Vernehmung ist allerdings auch im Stadthaus in den Räumen der Staatspolizei üblich. In der Abteilung des *Kommissars Kraus Zimmer 205* sind diese Misshandlungen üblich. Kraus selbst beteiligt sich nicht daran, aber diese Sachen sind ihm bekannt. Im Zimmer 203, das von allen Verhafteten gefürchtet ist, macht man die Gefangenen »fertig«, wie der Fachausdruck bei den Beamten lautet. Die schlimmsten Schläger sind hier die Beamten *von Rönn*, *Deutschmann* und *Wienecke*. Nach der Vernehmung, bei der man natürlich »alles erfährt«, geht's in die Stadthauszelle. Von dort geht es zum Schlafen nach dem Untersuchungsgefängnis. Da hier die Gefangenen oft in grosser Zahl zusammen sind, kann man die unglaublichsten Sachen hören und feststellen. *Der Gefängnisarzt Dr. Schädel* hat dann die beneidenswerte Aufgabe, im Lazarett die entstandenen Schäden wieder zu heilen. Er ist übrigens bei den Nationalsozialisten nicht gerade beliebt, weil er die Ursache der Schäden sehr oft beim richtigen Namen nennt. Gross ist die Zahl derjenigen, die dauernden Schaden leiden. Kopfleiden – Ohrleiden – und ganz besonders Nierenleiden sind bei den Gefangenen noch nach 20 Wochen Schutzhaft festzustellen. In den Schlafsälen ist an Schlaf kaum zu denken, da das Jammern der Misshandelten es unmöglich macht. Ich selbst und fast alle anderen, die mit dem Ochsenziemer geschlagen wurden, sehen vom Nacken bis in die Kniekehlen schwarz aus. Der ganze Körper ist blutunterlaufen. Vom U.G. gehts ins Konzentrationslager. Bei der Einlieferung müssen alle – der Transport besteht aus 20–40 Mann mit dem Gesicht zur Wand vor dem Wachtlokal Aufstellung nehmen. Es darf sich niemand rühren. Ein oder mehrere SS.-Leute gehen hier auf und ab und beobachten jeden einzelnen. In dieser Stellung müssen die Gefangenen 4–5 Stunden stehen. Die geringste Bewe-

¹⁾ Als Mitglied des Kommando z. b. V. oder des Fahndungskommandos bisher nicht bekannt. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Spitznamen.

gung wird sofort mit Misshandlungen beantwortet. Man schlägt sie ins Gesicht, tritt sie mit den Füßen, befiehlt einem Gefangenen den anderen zu treten. Ein sehr beliebtes Mittel ist auch, mit dem grossen Zellen-schlüssel auf die Gefangenen einzuschlagen. Mindestens die Hälfte der Eingelieferten muss im Laufschrift mehrere Male um den Hof herum-laufen: der Hof misst im Umkreis ca. 350 m. Alle diese Misshandlungen können von den um das Gefängnis herumliegenden Häusern beobachtet werden. Die in diesen Häusern wohnenden Gefängnisbeamten haben sich auch schon empörend darüber ausgelassen. Der Lagerkommandant *Dusendschön*¹⁾ hat in meiner Gegenwart im Vorbeigehen (er war begleitet von Beamten der Staatspolizei u. a. von *Rönn, Regierungsrat Ellerhusen*) Gefangene ins Gesicht geschlagen, weil die Haltung nicht vorschriftsmässig war. Dann erfolgt die Verteilung auf die Säle oder Zellen. Hier sind die Misshandlungen an der Tagesordnung. Einige der *schlimmsten Wachtmeister sind die SS.-Leute Zirbitz, König, die Brüder Teutsch und Nussbeck*. Nachts kann man oft nicht schlafen wegen der Schreie der Misshandelten. Gegen 1 Uhr nachts wird damit begonnen und dauert dann bis morgens 4 Uhr an. Die Einzelhäftlinge werden bei den geringsten Vorkommnissen blutig geschlagen. Eine ganze Reihe liegt wochenlang in Fesseln, die Hände werden je nach der Laune des Wachtmeisters auf dem Bauch oder auf dem Rücken zusammengeschlossen. Im Keller von A. liegen Gefangene tagelang gefesselt in einer Zelle auf dem Sandhaufen. Will einer dieser Gefangenen seine Notdurft ausser der Zeit verrichten, muss er sein Zeug beschmutzen. Da diese Gefangenen überhaupt nichts haben dürfen, sehen sie mit ihren Vollbärten sehr verwildert aus.

Auf dem K.z.b.V. Dem Arzt Dr. Elkau hat man bei der Verhaftung den Arm gebrochen.²⁾ Mehreren jungen Leuten die Haare derartig bearbeitet, dass der Photograph des Erkennungsdienstes sich weigerte, sie so zu photographieren. Man hat ihnen die Haare angebrannt, Hackenkreuze hineingeschnitten und ganze Büschel herausgerissen.

Der Hund des Lagerkommandanten Dusendschön war bei den Misshandlungen oft mit dabei. Er riss den Leuten das Zeug vom Leibe und hat auch öfters Gefangene dabei verletzt. Man hetzte ihn dazu auf.

Wachtmeister Zirbitz hat in einer Nacht fast alle Gefangenen – auf die Denunziation eines Walzbruders hin, der nicht normal war – unseres Saales verprügelt. Viele kamen in Einzelhaft. Unser Barbier hatte am anderen Morgen einen Selbstmordversuch gemacht, indem er sich die Pulsadern aufschnitt. Selbstmorde als Folge der Misshandlungen kommen sehr oft vor. Der KPD-Abgeordnete Lux nahm sich nach einer solchen »Vernehmung« das Leben. Der Bruder des KPD-Abgeordneten von der Reith, der als Geisel für seinen flüchtigen Bruder verhaftet war, erhängte sich im U.G. als er hörte, er solle am nächsten Tage wieder ins Konzentrationslager.

*Fall Sollnietz:*³⁾ S. lag längere Zeit im Lager Fuhlsbüttel auf Saal 8 1 in A 1. S. hatte lange Zeit in Einzelhaft gelegen, war dort mehrmals

¹⁾ Willi Dusendschön.

²⁾ Robert Zirbes.

³⁾ Dr. med. Rudolf Elkan wurde am 23. Juni vom Kommando z. b. V. in seiner Wohnung festgenommen. Da sich aus der Akte ergab, daß Dr. Elkan erheblich mißhandelt worden war, wollte der Generalstaatsanwalt ein Verfahren gegen Oberleutnant Kosa und Genossen einleiten. Der Präses der Landesjustizverwaltung, Senator Dr. Rothenberger, hielt dies jedoch »im höheren Staatsinteresse« für unangebracht, da »tunlichst vermieden werden müsse, daß die Öffentlichkeit durch eine Gerichtsverhandlung von diesen Vorgängen Kenntnis erhalte«, und er konnte auf Grund seiner Anweisungsbefugnis die Einleitung des Verfahrens durch den Generalstaatsanwalt verhindern. Staatsarchiv – Senatskanzlei. Protokolle und Drucksachen A 2 a, Jg. 1933.

⁴⁾ Dr. Fritz Solmitz.

auf die gemeinste Art misshandelt worden. Auf unserm Saal machte er mehrfach den Versuch, sich erschiessen zu lassen. Auf unsere Vorhaltungen, dass er uns mitgefährde, liess er davon ab. Es bestand nämlich strenges Verbot, an die hinter den Betten befindlichen Fenster zu gehen, da die Posten Auftrag hatten, sofort zu schiessen, wenn sich etwas am Fenster zeigte. In A 2 Saal 4 war in den Tagen gerade von einem Posten geschossen worden. Das Ergebnis war ein Toter und zwei Schwerverletzte. Diese Situation versuchte S. für sich herbeizuführen. Er machte mehrere Male den Versuch, auf die Fensterbank zu steigen, wurde von uns aber daran gehindert, er versuchte dasselbe auf der Toilette, deren Fenster nach dem Korridor führte. Einige Tage darauf kam eine Besichtigung. Darunter war der *Senator Schröder aus Lübeck*, der S. kannte. S. war Redakteur an einer soz. Zeitung in Lübeck. Er sprach einige Worte mit S. Am selben Tag wurde S. in Einzelhaft in den Keller gebracht. In der darauffolgenden Nacht wurde er derartig misshandelt, dass er am Morgen einen durchbluteten Verband um den Kopf hatte. Der Wachtmeister machte sich uns gegenüber darüber lustig, dass der Jude S. heute morgen Kopfschmerzen habe. S. erhielt dann die Mitteilung, dass er 3 Tage nichts zu essen bekäme. Er erhielt nur etwas zu trinken. Am anderen Tage war Frau S. beim *Lagerkommandanten Dusendschön* – einem ca. 26jährigen SS-Sturmführer – um ihren Mann zu holen, da die Staatspolizei seine Entlassung angeordnet hatte. D. weigerte sich, S. zu entlassen. Wahrscheinlich, weil er in dem Zustande nicht herauskommen durfte. Frau S. wandte sich darauf an das Reichsinnenministerium in Berlin und erwirkte seine Freilassung. Als sie darauf im Lager erschien, wurde er [ihr] mitgeteilt, dass ihr Mann sich erhängt habe. Wie ein Beamter uns erzählte, habe er noch 3 Abschiedsbriefe geschrieben, die aber den Angehörigen nicht ausgehändigt werden sollen. »Dem Schwein geschieht ganz recht« war die Ansicht des Wachtmeisters. Es besteht kein Zweifel, dass die Verschlechterung in der Behandlung des S. mit dem Besuch des Senators Schröder zusammenhing.

Am Montag, den 4. Sept. wurden alle Schutzhäftlinge nach dem früheren Frauengefängnis überführt, welches jetzt als KZ-Lager bezeichnet wurde. Die Wachtmeister teilten uns mit, dass niemand aus dem Fenster sehen dürfe, da die Posten Befehl hätten, auf jeden zu schiessen, der sich am Fenster zeigte. 2 Stunden später krachte ein Schuss mit dem Resultat: 1 Schwer- und einige Leichtverletzte auf Station A. III.

Am Sonnabend, dem 9. 9. nach dem Zubettgehen wurden wir Einzelhäftlinge von B. I. einzeln aus den Zellen geholt und wahllos verprügelt. Mit Knüppeln und Koppelriemen schlug man auf uns ein. In der zweiten Hälfte des Septembers bei Erdarbeiten ausserhalb des Zuchthauses am Maienweg wurden viele Schutzhäftlinge, die sich mit den anderen unterhielten, von den Aufsichthabenden ins Gesicht geschlagen. Ausserdem wurden sie an die Mauer gejagt mit den üblichen Einlagen: auf, nieder, auf, nieder usw. Der Referendar Oppenheimer¹⁾ erhielt an einem dieser Tage mehrere Schläge ins Gesicht mit der Bemerkung: »Du Judenlummel, Du verdammter, Dir wollen wir das schon noch beibringen.« Oppenheimer soll mit einem der Gefangenen gesprochen haben. Zu den beliebtesten Methoden der »Erzieher in SS.-Uniform« gehört, Gefangene im Laufschrift mit vollbeladener Karre herumzujagen. Als in diesen Tagen ein dänisches Flugzeug in kurzer Schleife sehr niedrig über die Arbeitsstelle flog (der hamburgische Flugplatz liegt ganz dicht bei) sagte *Regierungsrat Ellerhusen* einem mit einem Gewehr versehenen Posten: »Wenn sie Flugblätter abwerfen, dann schiessen Sie sofort.«

¹⁾ Wahrscheinlich Georg Oppenheim.

Anfang Oktober war bei den Neuzugängen ein Jude, der etwa 50 Jahre zählte. Er wurde von einem Wachtmeister empfangen mit den Worten: »Aha, da bist Du ja, Du alte Judensau. Um den freien Platz. Marsch, marsch.« Als der Jude Blumenthal herumge[rannt] war, meldete er: »Befehl ausgeführt.« Darauf schrie der Wachtmeister: »Du sollst weiterlaufen, Du Schwein, bis Du umfällst.« Nachdem der alte Jude vollkommen erschöpft war, liess man von ihm ab. Später erfuhr ich dann, dass er den ganzen Weltkrieg mit Auszeichnungen mitgemacht hatte. Ich war Zeuge des Vorganges, weil ich im Hof mit Gartenarbeit beschäftigt war. *Regierungsrat Ellerhusen* hat solche Vorgänge öfters mit angesehen. Während der Misshandlungen am Tage wird durch einen SS.-Mann die Orgel gespielt, um das Schreien der Gequälten zu übertönen. Aus dieser Schilderung können Sie entnehmen, wie die *wirklichen Zustände* in Deutschland sind. Und – es ist dies nur ein Fall von Hunderten. Jeder wahrhaft national denkende deutsche Mann und jede wahrhaft deutsche Frau muss sich empören über solche Zustände in einem Vaterland, das von sich behaupten konnte, eines der höchsten Kulturstaaten zu sein. Können wir das heute noch? Darum muss jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, jeder wahrhafte Christ mit dafür sorgen, dass Deutschland bald aus diesem bösen Traum erwacht.

Betr.: Unterschriftenliste für eine Gedenktafel in der
Baubehörde für die Opfer des Nationalsozialismus
Sommer 1978

Auf der letzten Personalversammlung am 21.12.77 wurde im Namen einer Gruppe von ÖTV-Kolleginnen und Kollegen ein Antrag eingebracht, der die sich häufenden Nazi-Schmierereien (Hakenkreuze u. ä.) in den Toiletten der Baubehörde aufs schärfste verurteilte. Dieser Antrag, in dem auch das Anbringen einer Gedenktafel gefordert wurde, war von der Personalversammlung einhellig begrüßt worden und der Senator sagte seine ausdrückliche Unterstützung zu.

Nun sind auch nach der Personalversammlung auch nach Beseitigung erneut solche Schmierereien aufgetaucht.

Diese und die vorangegangenen Schmierereien sollten nicht als Dumme-Jungenstreiche abgetan werden. Vielmehr müssen diese Vorfälle im Zusammenhang mit in der letzten Zeit verstärkt stattfindenden neonazistischen Aktivitäten in der Hansestadt als Alarmsignale verstanden werden.

Angesichts der Tatsache, daß gerade die jetzige Baubehörde bzw. der Stadthauskomplex während des Dritten Reiches Gestapo-Gebäude war, erscheinen derartige Schmierereien besonders provokativ und als eine Verhöhnung unzähliger Gestapo-Opfer. Anlaß genug, um das Bewußtsein über die Schrecken deutscher Vergangenheit zu vergegenwärtigen und neuen nazistischen Anfängen entgegenzutreten.

Das Anbringen einer Gedenktafel in der Baubehörde, auf der den Gestapo-Opfern mahnend gedacht wird, halten wir daher für eine notwendige und sehr aktuelle Forderung. Eine Gedenktafel, die in Erinnerung ruft, daß im Stadthaus viele Menschen von den Nazis in die Keller gebracht, gefoltert und auch z. T. vernichtet wurden.

Um die Vergangenheit des Stadthauses zu verdeutlichen, einige Informationen:

Der Stadthauskomplex war nicht nur Sitz des Polizeisenators (Richter) und der Bauverwaltung, sondern auch (bes. der Teil der heutigen Stadthausbrücke 10 u. 12) Sitz der Geheimen Staatspolizei in der Zeit von 1933 bis 1943. "Stätte des Grauens" wurde das Gebäude genannt, es war Terror- und Folterzentrale und Einlieferungs- bzw. Durchgangsstätte für viele Demokraten und Regimegegner. In allen Kellern des gesamten Stadt-

hauskomplexes waren Zellen; -"im März 1933 waren sämtliche Zellen in den Hamburger Haftanstalten, sowie die Kellerräume im Stadthaus mit politischen Häftlingen überfüllt" (ausführlich nachzulesen bei Gertrud Meyer: "Nacht über Hamburg", Berichte und Dokumente 1933-1945).

Zu denen, die hier eingekerkert waren, zählt neben dem früheren Bürgermeister Nevermann und dem früheren ÖTV-Vorsitzenden Kummernuß u. a. auch der **gesamte** damalige SPD-Landesvorstand, der am 11.6.1933 in die Gestapo-Leitstelle eingeliefert und unter Führung des Gauleiters und Reichsstatthalters Karl Kaufmann gequält und gefoltert wurde. U. a. hat hier auch ein Mitarbeiter der heutigen Baubehörde 9 Monate gesessen, weil er 1933 als 17jähriger ein Flugblatt gegen NS-Diktatur und Krieg weitergegeben hatte.

Im 5. Stock der Gestapo-Leitstelle (am Eck Stadthausbrücke-Große Bleichen) war das berüchtigte "Kommando zur besonderen Verwendung" (KzbV) untergebracht, eine ca. 300 Mann starke SA- und SS-Schlägergarde, welche die Verhaftungen und dann auch die "Vernehmungen", d. h. Folterungen vornahm.

Im September 1933 wurden die politischen Häftlinge in Hamburg "zentralisiert", das Konzentrationslager Fuhlsbüttel wurde eröffnet (und wenig später das KZ Neuengamme). Von diesem Zeitpunkt an war das Gestapo-Quartier im Stadthaus "nur" noch Aufnahmestätte und Folterzentrale für den Hamburger Widerstand, bevor dieser in die KZ's überführt wurde. Wie viele Tausende im Stadthauskomplex gefoltert wurden und gelitten haben oder schließlich vernichtet wurden, ist nicht bekannt. Kurz vor Kriegsende wurden die Karteien vernichtet.

--- Mit einer Gedenktafel in der Baubehörde (z. B. im Eingangsbereich Stadthausbrücke 8) sollen die Opfer des Nationalsozialismus an dieser Stelle gewürdigt werden. Es soll damit ferner die Erinnerung an die Zustände wachgehalten werden, die nie wiederkehren dürfen.

ÖTV - Mitglieder
der Baubehörde

Hamburg, am 7.11.78

Herrn
Hans-Ulrich Klose
Erster Bürgermeister
Rathaus Hamburg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Klose,

mit Sorge beobachten wir die zunehmenden neofaschistischen Aktivitäten in Hamburg. Wir Gewerkschafter betrachten es als unsere besondere Pflicht, solchen antidemokratischen Aktivitäten geschlossen entgegenzutreten. Neben einer verbesserten Aufklärung über den Nationalsozialismus im Schulunterricht halten wir die sichtbare Erinnerung an die Stätten nationalsozialistischer Verbrechen für besonders wichtig. Eine solche Stätte ist das ehemalige Gestapo-Hauptquartier Stadthausbrücke. Für viele Menschen begann zur Zeit des Dritten Reiches in diesem Gebäudekomplex ein unsäglicher Leidensweg bis hin zu Folter und Tod.

Heute befindet sich hier die Baubehörde, deren Mitarbeiter wir sind. Wir haben darum die Initiative ergriffen und zum Zeichen sichtbarer Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus eine Gedenktafel am Gebäude Stadthausbrücke 8 gefordert. Eine solche Gedenktafel befindet sich beispielsweise auch am Ort der zerstörten Harburger Synagoge an der Ecke von Eißendorfer und Knoopstraße.

Unserer Forderung haben sich bis heute nahezu zweihundert Kollegen aus der Baubehörde mit ihrer Unterschrift angeschlossen. Diese Unterschriften haben wir unserem Senator mit der Bitte übergeben, unsere Forderung zu unterstützen.

Nunmehr bitten wir auch Sie, Herr Bürgermeister, sich im Senat für die Verwirklichung einer Gedenktafel am Stadthaus einzusetzen. Wir werden unsererseits demnächst die Öffentlichkeit zu Spenden für diese Tafel aufrufen.

Anlage
zum Schreiben vom 2.8.78

Z 141/12.70-4/3

3. Juli 1978
App. 2036

W 3
2.78
Über Z 140 an ZO

Betr.: Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus in der Baubehörde

/ Bezug: Anliegendes Schreiben der "ÖTV-Mitglieder und Kollegen der Baubehörde" an den Präses vom 19. Juni 1978

Sie hatten mich vor einigen Tagen gebeten festzustellen, inwieweit die im Schreiben vom 19. Juni 1978 gemachten Angaben über die Behandlung von Häftlingen im heutigen Dienstgebäude der Baubehörde zutreffen.

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) hat ihre Unterlagen vor dem Einrücken der britischen Truppen in Hamburg planmäßig vernichtet. Es war für mich daher nicht leicht, an authentisches Material zu gelangen. So verfügen denn auch weder das Hamburgische Staatsarchiv noch die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg über Unterlagen, die sich mit den Geschehnissen im Stadthauskomplex beschäftigen. Ich habe mich daher bemüht, die spärliche Literatur über den Widerstand in Hamburg und die wenigen amtlichen Veröffentlichungen, auf die man sich verlassen kann, durchzusehen.

1.

1.1. Die Polizeibehörde und die Gestapo befanden sich tatsächlich in den Dienstgebäuden Neuer Wall 86 - 88 (genannt Stadthaus) und Stadthausbrücke 2 - 14 (genannt Neues Stadthaus); im Dienstgebäude Stadthausbrücke 24 - 26 war die Polizeischule untergebracht. Die Numerierung der Häuser an der Stadthausbrücke ist mit den heutigen Hausnummern zum Teil nicht identisch.

1.2. Am 11. März 1933 beschloß der Senat, eine Hilfspolizei aufzustellen, weil die neuen Aufgaben, die der Polizei von der nationalsozialistischen Staatsführung übertragen wurden, zu einer sofortigen Verstärkung der Kräfte zwangen.

Die Hilfspolizei umfaßte zeitweise bis zu 500 Mann, der weitest- aus größte Teil bestand aus Angehörigen der SA, der SS und des Stahlhelms. Die Hilfspolizei wurde Mitte August 1933 wieder aufgelöst.

Am 24. März 1933 wurde auf Anweisung des Chefs der Ordnungspolizei ein Kommando zur besonderen Verwendung (KzbV) geschaffen; ihm gehörten überwiegend SA-Leute an. Dieses Kommando existierte bis zum 4. Januar 1934.

Während die Hilfspolizei größtenteils im Sicherheits-, Wach- und Patrouillendienst eingesetzt und außerhalb des Stadthauskomplexes untergebracht war, wurde das KzbV im jetzigen Dienstgebäude der Baubehörde stationiert. Aufgabe dieses Kommandos waren die Festnahme und das Verhör der Häftlinge.

...

Da die SA sich als "unzuverlässig" erwies, wurde sie allmählich von allen polizeilichen Funktionen entbunden. An die Stelle der SA trat überwiegend die SS. Außerdem übernahm die SS am 20. Oktober 1933 die Leitung der Staatspolizei (politische Polizei). Wenig später wurde dann die Gestapo geschaffen.

- 1.3. Gewalttaten bei der Verfolgung politischer Gegner durch die Polizei waren insbesondere 1933 an der Tagesordnung. An ihnen waren hauptsächlich das Fahndungskommando der Staatspolizei und das KzbV beteiligt.

Der Leiter der Staatspolizei hat 1934 seinen Vorschlag, das KzbV aufzulösen, u. a. mit dem Hinweis auf dessen "primitiv rücksichtslose Methoden" begründet.

- 1.4. Im Laufe des Monats März 1933 füllten sich die Zellen der Hamburger Haftanstalten sowie die Kellerräume des Stadthauskomplexes mit politischen Häftlingen, die zum größten Teil der KPD angehörten. Bald wurden auch immer mehr Mitglieder der SPD, Gewerkschaftler, "Andersrassige" und andere Regimegegner inhaftiert.
- 1.5. In den Kellern und in anderen Räumen des Stadthauskomplexes (in einigen Berichten wird auch von einem Gestapokeller an der Bleichenbrücke gesprochen) wurden die Häftlinge verhört. Dabei wurden viele von ihnen geschlagen und gefoltert. Einige Buchauszüge mögen dies verdeutlichen:

"... Franz Bobzien, der, nach Hamburg gebracht, im Gestapokeller an der Bleichenbrücke entsetzliche Folterungen durchstehen mußte, wurde später in seinem Prozeß zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt ..."

"... Albert Bennies war am 20. Juli 1934 in die Hände der Gestapo geratenTrotz schwerster Folterungen im Keller des Stadthauses gab er keinen seiner Kameraden preis..."

Adolph Kummernuss (langjähriger Vorsitzender der ÖTV) in einem Interview: "... Ich wurde am 18. Juni 1935 verhaftet... Nach ergebnislosem Verhör ging es dann zum Stadthaus, zur Zentrale der Gestapo. Jetzt wurde mehr geschlagen als verhört..."

In einem Augenzeugenbericht über ein "Verhör" des Edgar (oder Etkar) André durch das KzbV im Stadthaus heißt es, er sei so lange geschlagen worden, bis sein Körper nur noch eine blutende Masse war.

- 1.6. Ohne Zweifel sind einige Häftlinge an den Mißhandlungen gestorben, die ihnen im Stadthaus zugefügt worden sind; Namen und Zahlen habe ich hierüber nicht finden können.

...

Mindestens zwei Häftlinge wurden durch die Folterungen in den Tod getrieben (Carl Burmester am 17. Sept. 1934 und Gustav Schönherr am 17. April 1933). Schönherr hat sich aus einem Fenster des obersten Stockwerkes an der Ecke Neuer Wall/Stadthausbrücke gestürzt.

- 1.7. Berichte über Mißhandlungen im Stadthaus nach 1935 habe ich nicht gefunden.

2.

- 2.1. Im Grunde kann ich die in dem Schreiben vom 19. Juni 1978 enthaltenen Angaben bestätigen. Allerdings hatte die Gestapo nicht bis 1945 ihren Sitz im Stadthaus. 1943 wurde sie ausgebombt, zog dann für kurze Zeit in das Dienstgebäude der Schulbehörde an der Dammtorstraße und anschließend in das Ziviljustizgebäude am Sievekingplatz.

Für den Hinweis, der ehemalige Bürgermeister Dr. Paul Nevermann sei im Stadthaus eingekerkert gewesen, habe ich nirgendwo eine Bestätigung gefunden.

Auch kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, das KzbV sei etwa 300 Mann stark gewesen. Gertrud Meyer schreibt dazu in ihrem Buch "Nacht über Hamburg", das KzbV sei am 24. März 1933 aus der Hilfspolizei rekrutiert worden. Die Hilfspolizei umfaßte damals aber selbst nur 310 Angehörige und existierte schließlich danach noch bis zum 15. Aug. 1933 weiter.

Wie viele Häftlinge im Laufe der Jahre insgesamt im Stadthaus waren, ließ sich nicht feststellen.

3.

Wie Sie wissen, hat es bereits 1948 einen Vorstoß für eine Gedenktafel im Hause der Baubehörde gegeben. Der Vollständigkeit halber lege ich Ihnen diesen Vorgang noch einmal vor. Z 140 versucht zu ermitteln, warum die Angelegenheit damals nicht weiter verfolgt worden ist.

! Zum Ergebnis

Senatsrichtlinien für Ehrenmale gibt es meines Wissens nicht. Eine Beteiligung des Senats scheint mir aber erforderlich.

Für meine Ermittlungen stand mir folgende Literatur zur Verfügung:

1. Hamburger Adreßbuch 1933,
2. Aufbau der hamburgischen Verwaltung (Stand vom 1. Jan. 1934, 1. März 1935, 1937, 1938), herausgegeben von der Hansestadt Hamburg,

...

3. Handbuch der Hansestadt Hamburg 1939,
4. "Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945"
von Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer,
5. "Nacht über Hamburg" von Gertrud Meyer,
6. "Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933"
von Henning Timpke,
7. Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter
1933 - 1945.

Kleinau

Kleinau

Anlagen

Z. A. 10. 5. 78

VEREINIGUNG HOHERER TECHNISCHER VERWALTUNGSBEAMTER IN HAMBURG E. V.
BAUBEHÖRDE AMT FÜR INGENIEURWESEN 1 2 HAMBURG 36, STADTHAUSBRÜCKE 8
- Vorstand - Hamburg, 27.3.1980

An die
ÖTV - Arbeitsgruppe "Gedenktafel für die NS - Verfolgten"
z.Hd. Herrn Buff - LP 41

nachrichtlich: Personalrat der Baubehörde
ZVI - Hamburg, Herrn Bunn - H
Komba, Herrn Riemenschneider - VA
DAG, Herrn Nöh - J1/W

Betr.: Gedenktafel - Spendenaufruf

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.3.1980

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Vorstand der VHTV hat sich ausführlich mit Ihrem Anliegen, den von Ihnen geplanten Spendenaufruf als Vereinigung zu unterstützen, sowie mit dem damit verbundenen generellen Problem auseinandergesetzt, ob und inwieweit die VHTV zu Fragen Stellung nehmen kann oder sollte, die über ihr bisheriges rein berufsbezogenes Aufgabenverständnis weit hinausgehen. Er ist dabei zu der Auffassung gekommen, daß er von den Mitgliedern der VHTV weder Auftrag noch Vollmacht erhalten hat, sich zu Themen zu äußern, die vor allem wegen ihres ethischen Charakters allein einer individuellen Entscheidung, ja sogar nur der Gewissensentscheidung jedes einzelnen Mitgliedes überlassen werden sollten.

Der Vorstand der VHTV hegt keinerlei Zweifel, daß die Mitglieder der Vereinigung das nationalsozialistische System, seine Verbrechen und dementsprechend die offenbar schrecklichen Geschehnisse im Stadthaus ausnahmslos zutiefst verabscheuen. Insoweit erscheint lediglich problematisch, in welcher Form die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit erfolgt und welcher Stellenwert darin einer Gedenktafel jeweils individuell zugemessen wird. Dabei sollten der von Ihnen vertretenen Überzeugung, wonach die Gedenktafel

"ein Ausdruck der demokratischen und bewußten Auseinandersetzung mit der schrecklichen Vergangenheit unserer heutigen Arbeitsstätte" und

"über die Würdigung der Opfer hinaus ein Appell zu engagiertem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte ist",

die unbefangenen geäußerten Meinungen von Mitarbeitern der Baubehörde als gleichwertig gegenübergestellt werden, die sich wie folgt beschreiben lassen:

"Ich meine, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und das Eintreten für Demokratie und Menschenrechte ständig und in

...

anderer Form als der geplanten erfolgen muß, und ich glaube nicht, daß der Appell tatsächlich mehr Engagement bewirken wird."

"Die Baubehörde kann nicht Gedenkstätte sein wie z.B. Plötzensee oder der Bendler - Block in Berlin."

"Die Tafel macht nichts ungeschehen und hilft den Opfern nicht. Andererseits kann es für die heute Lebenden schwer sein, täglich an das erinnert zu werden, was sie ohnehin wissen und was sie mit Trauer oder Abscheu erfüllt. Man würde sich aber wohl an die Tafel und ihre Aussage gewöhnen. Das eine wäre allerdings so schlecht wie das andere."

"Die in der Baubehörde heute Arbeitenden haben ein Recht auf Unbeschwertheit. Es ist sicher nicht auszuschließen, daß viele sehr betroffen sein werden, wenn sie erfahren, in welchen Räumen sie arbeiten müssen. Insofern haben Nichtwissen und Vergessen auch ihren Wert."

"Ich finde es nicht richtig, wenn allen Besuchern der Baubehörde die Geschichte und der negative Symbolgehalt des Gebäudes mitgeteilt werden, in dem wir arbeiten müssen. Ich hielte es auch bei ihnen für besser, sie behielten ihre Unbefangenheit. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, daß mancher die Geschehnisse eher prickelnd interessant als verabscheuenswert empfindet."

"Ich fürchte, daß das Gebäude der Baubehörde, das ein Ort friedlichen Arbeitens geworden ist und bleiben sollte, von außen ein Ort der Aggression und Demonstration für ewig Unbelehrbare oder Böswillige werden kann."

Der Vorstand der VHTV möchte noch einmal ausdrücklich betonen, daß er hiermit nicht den Eindruck erwecken will, daß er mehr der einen oder anderen Grundhaltung zuneigt. Er bewertet beide, also das Votum für wie auch gegen die geplante Gedenktafel, als gleichwertig und möchte nicht aufgrund einer Abstimmung die eine Ansicht ethisch/qualitativ höher als die andere einstufen.

Die Mitglieder der VHTV sollen deshalb unbeeinflusst von der Auffassung eines Vereinsorgans in jeder Hinsicht frei ihre Entscheidung fällen können und nicht das Gefühl haben, daß ihre innere Einstellung weniger wertvoll oder eine Minderheitsmeinung darstellt. Dementsprechend wird der Vorstand in seinem nächsten Mitteilungsblatt auch in neutraler Form auf die von Ihnen geplante Spendenaktion hinweisen. Er bittet Sie allerdings, bei der praktischen Durchführung ein Verfahren anzuwenden, das dem einzelnen Mitarbeiter der Baubehörde eine wirklich freie Gewissensentscheidung gewährleistet. Von Unterschriftensammlungen und unbaren Zahlungsformen sollte deshalb abgesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kopien an:
Senator Lange
Staatsrat Dr. Maas
OD Prof. Dr. Müller-Ibold
SD Scharnberg
LRD Bendixen

Bergfeld

Felsch

Hagenström

Wolf

-- (Urlaub)

Blaschke

Sehr geehrter Herr Senator Dr. Nevermann!

Die jetzigen Räume der Baubehörde waren einst Räume des Grauens. Hier trieb die Geheime Staatspolizei fast ein Jahrzehnt lang ihr Unwesen.

Zehntausende kamen auf dem Wege in die Gefängnisse, in die Zuchthäuser, in die Konzentrationslager, in die Gaskammern und Krematorien des dritten Reiches, von Furcht und Angst gequält durch den berüchtigten "Bereitchaftsraum" (528), um hier auf die Verhöre durch die Gestapo zu warten.

Seit Menschengedenken sah kein anderer Raum in Hamburg soviel seelische Qual, soviel Verzweiflung, soviel unverschuldete Not wie dieser!

Sorgen Sie, sehr geehrter Herr Senator bitte dafür, dass dieser Raum, dieser Vorhof zur Hölle, nicht mehr dem nüchternen Alltag dient: Ein schlichtes Denkzeichen möge von den Kämpfern und den Opfern für Menschlichkeit und Recht und Freiheit zeugen. Eine schmiedeeiserne Gittertür trenne den Raum vom Flur, einen Blick gewährend auf das Mal:

das an die tiefste Erniedrigung erinnert,
die je Deutschen von Deutschen zugefügt
wurde,

das jeden Vorübergehenden mahnt, seine
Rechte niemals wieder politischen Abenteurern
anzuvertrauen!

Hamburg, den 3. November 1948

Die politisch und rassisch Verfolgten in der Baubehörde.

H. Kunowski

E. Widad

*Gedenktafel 1/ Zahl der Gef.
2) Opfer dieser Räume*

Berichterstatter:
Bürgermeister Dr. Nevermann

Drucksache für die Senatssitzung
Nr.
Verteilt am April 1950

Betrifft: Errichtung einer Gedenktafel für die Gefallenen und Opfer
des Dritten Reiches im Dienstgebäude der Baubehörde -
Haushaltsstelle 6000.803-

Die Baubehörde beabsichtigt in ihrem Dienstgebäude Stadthausbrücke 8
eine Gedenkstätte für ihre gefallenen Mitarbeiter und für die Opfer
des Dritten Reiches, deren Leidensweg in diesem Gebäude begann,
zu schaffen. Vorgesehen ist die Anfertigung eines Gedenkgitters in
Schmiedeeisen und einer mit Inschrift versehenen Tafel.

Die Kosten betragen 3 200.-- DM und sind aus Mitteln der Haushalts-
stelle 9190.780 " Unvorhergesehene Ausgaben " bereitgestellt worden.

Ich bitte den Senat, die Verwendung dieses Betrages für die Errichtung
einer Gedenktafel für die Gefallenen und Opfer des Dritten Reiches
im Dienstgebäude der Baubehörde zu genehmigen.

Wagner 5/4

Auszug aus der Niederschrift Nr. 14 über die
Amtsleiteritzung am 19. April 1950

Die Senatsvorlage betr. die Errichtung einer Gedenktafel und
eines Gedenkgitters in der Halle des Hauses Stadthausbrücke 8
wurde zurückgestellt, da gegen diese Maßnahme grundsätzliche
Bedenken erhoben wurden, die in einem kleineren Kreise noch
einmal besprochen werden müssen.

W. am 1.6.50 bei 75
notiert - 14 -
M.
W. am 1.7.50 bei 75
Wieder vorgelegt
31.5.50
W. am 1.7.50 bei 75
Wieder vorgelegt
31.5.50

etc. v. vorgelegt.
Zwischen eine Entscheidung
getroffen?
Wagner 3/4
Wunder

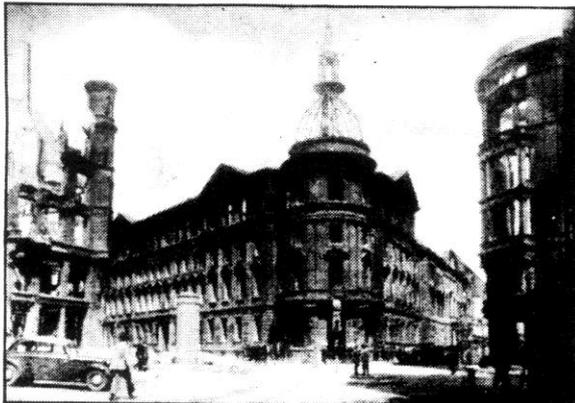


Mahnwache der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN), Bund der Antifaschisten am 8. Mai 1980 am Eingang des Stadthauses, Neuer Wall 88 (oben) und Stadthausbrücke 8 (unten)



Früher Gestapo-Hauptquartier, heute Sitz der Baubehörde:

Bedienstete sammeln für Nazi-Opfer-Gedenktafel



Das Stadthaus, Sitz der Gestapo, wurde 1943 durch Bomben zerstört

Von Volker Hermsdorf
Hamburg – „Stätte des Grauens.“ So wurde das Stadthaus, zwischen den „Großen Bleichen“ und dem „Neuen Wall“ gelegen, während der Nazizeit genannt. Es war das Hauptquartier der Gestapo in Hamburg. Hier war die zentrale Einlieferungsstelle, wo verhört und gefoltert wurde.

Für viele Demokraten und Regimegegner war es die Durchgangsstätte ins Konzentrationslager. Zahlreiche politische Persönlichkeiten der Hansestadt wurden hier mißhandelt. Auch viele Mitarbeiter der Baubehörde, die heute im Stadthaus untergebracht ist, haben während der faschistischen Diktatur gelitten.

Die Mitarbeiter der Baube-

ehörde haben sich deshalb entschlossen, eine Gedenktafel im Haupteingang an der Stadthausbrücke anzubringen. Sie soll „Ausdruck der bewußten Auseinandersetzung mit der schrecklichen Vergangenheit auch an unserer heutigen Arbeitsstätte sein“, heißt es in einem Aufruf an alle Beschäftigten der Behörde.

Unterstützt wird diese Eigeninitiative von Bausenator Volker Lange, dem Personalrat, den Gewerkschaften und den Berufsorganisationen. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) bereitet gegenwärtig eine Dokumentation über die Geschehnisse im Stadthaus während der Nazizeit vor.

Wer bei der Anschaffung der Gedenktafel helfen möchte, kann das durch eine Spende auf das Konto: Geerd Fischer, Kto.-Nr. 1237/45 35 74 bei der Hamburger Sparkasse tun.

Die Neue Dienstag, 8.7.1980

Hamburg: Immer noch Probleme mit dem Antifaschismus

Die Tafel ist noch im Keller

HAMBURG (NEUE).— Dank einer Initiative der ÖTV-Bereichsgruppe in der Hamburger Baubehörde wird jetzt am Stadthaus, dem ehemaligen Gestapo-Quartier, wo zahlreiche Antifaschisten gefangen waren und gefoltert wurden, eine Gedenktafel angebracht, die an Naziterror und Widerstand erinnert.

Die ÖTV-Kollegen hatten sich mit der Vergangenheit des Hauses in der Innenstadt (Stadthausbrücke 8, jetzt Baubehörde) beschäftigt, nachdem sie dort Nazi-Schmierereien entdeckt hatten. Ihre Geldsammlung für die Gedenktafel wurde von Bausenator Volker Lange (SPD), dem SPD-Landesvorstand und dem Personalrat unterstützt. Vorbereitet wird von der ÖTV auch eine Dokumentation. Die VVN, die zuletzt am 8. Mai eine Mahnwache vor dem Stadthaus abhielt, hatte schon lange eine Gedenktafel gefordert; das Stadthaus ist auch Station der „Alternativen Stadtrundfahrten“ des Landesjugendring.

Im damaligen Polizeipräsidium Stadthaus waren nach 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und das berüchtigte Kommando zur besonderen Verwendung (KzbV), für die

Aktionen gegen die Linke, Folterungen und die Erpressung von „Geständnissen“ verantwortlich, untergebracht. Am 26. März 33 wurden dort zahlreiche Kommunisten mißhandelt, darunter der später hingerichtete Etkar André; am 11. Juni 1933 waren die Mitglieder des Hamburger SPD-Vorstandes den Schlägertrupps ausgesetzt. Das KzbV hatte für Sozialisten und Kommunisten eigene Vernehmungszimmer eingerichtet, die mit den – Fahnen und Emblemen der Arbeiterorganisationen ausgestattet waren. Willi Bredel beschreibt in seinem Roman „Die Prüfung“ die Verhöre im Stadthaus.

Die umstrittene, von SPD-Bürgerschaftspräsident Peter Schulz vorgesehene namenlose Gedenktafel für die in der Nazizeit umgekommenen Bürgerschafts-Abgeordneten ist bislang noch nicht im Hamburger Rathaus angebracht worden. Schulz plante dies ursprünglich für den 8. Mai, doch hatten die zahlreichen Proteste („kein Totschweigen der Antifaschisten“, „kein Radikalenerlaß für Tote“), auch aus dem Ausland, zur Folge, daß der Termin aufgeschoben wurde; nach Informationen der NEUEN steht die Gedenktafel derzeit in einem Behördenkeller.

DIE WELT – Nr. 151 – Mittwoch, 2. Juli 1980

Gedenktafel für Naziopfer

Das Stadthaus, in dem sich die Baubehörde befindet, war während der Nazizeit das Hauptquartier der Gestapo in Hamburg. Viele Demokraten und Regimegegner sind hier verhört und gefoltert worden. Die Mitarbeiter der Baubehörde haben sich entschlossen, eine Gedenktafel im Haupteingang an der Stadthausbrücke anzubringen. Sie haben bereits in ihren eigenen Reihen einen namhaften Betrag gesammelt. Wer zur Verwirklichung der Gedenktafel beitragen will, kann Spenden auf das Konto bei der Hamburger Sparkasse, Nr. 1237/453574 überweisen. GS

Seite 10 - Nr. 151 - Hamburger Abendblatt

Gedenktafel für NS-Gegner

Zur Erinnerung an die unheilvolle Vergangenheit ihres heutigen Dienstsitzes wollen die Mitarbeiter der Baubehörde an der Stadthausbrücke 8 eine Gedenktafel anbringen. Das Stadthaus war während der NS-Zeit Hauptquartier der Gestapo in Hamburg. Viele Demokraten und Regimegegner sind dort verhört und gefoltert worden.